

Bezugspreis:

5 Beteil. 30.- M. monatlich 10.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Reich“ ...

Leserinnen-Karte Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 12. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Eisenbahner — Disziplin!

In der seit Sonntag geschlossenen Beratung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahner-Verbandes ...

1. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat in gründlicher und gewissenhafter Weise ...

In der Voraussetzung, daß auch die übrigen Vorstände der Großorganisationen der Eisenbahner ...

Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuziehen.

2. Die verantwortlich vorstehenden Anstalten: Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigte, sind verpflichtet, sich angehörigen

Teilstreiks jeder Art mit aller Energie zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgendein Teilstreik, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzuwehren.

3. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des Schlichter-Ausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Noten Fahne“ beliebt wird.

die Pressehefte der „Noten Fahne“

für um so bedeutlicher, als sie geeignet ist, die Einheitlichkeit der Eisenbahner zu zerlegen.

Im Anschluß an die vorstehenden Beschlüsse können wir noch mitteilen, daß am 12. Januar 1921 vormittags Verhandlungen des Schlichter-Ausschusses mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfanden.

Stellungnahme der Reichsgewerkschaft.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter ist gestern vormittag zusammengetreten, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Die Verhandlungen lassen jetzt schon erkennen, daß die Vertreter mit der Zuständlichkeit der Regierungsinstanzen, insbesondere mit der Stafflung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und der Gleichmäßigkeit für alle Gehaltsgruppen, nicht einverstanden sind.

Der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hat zu dem Abkommen mit der Regierung Stellung genommen und seinen Unterhändlern einstimmig das Vertreten ausgesprochen.

Die Urabstimmung.

Berlin, 11. Januar. (BVA.) Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten liegt jetzt für die mecklenburgischen Bezirke vor.

Kommunistische Parlamentssabotage.

Dresden, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Anlässlich der heutigen Landtagsverhandlungen über mehrere Anträge zur Arbeitslosenfrage hatten die Kommunisten die Erwerbslosen zu Demonstrationen aufgefordert.

Darauf beschränkte sich die Polizei darauf, den Platz vor dem Landtagsgebäude freizuhalten und dieses durch ein großes Aufgebot zu sichern, während sich die Menge der Erwerbslosen auf dem Neuen Theaterplatz sammelte.

zwischen den Erwerbslosen und der Polizei. Als die Menge einen Kriminalbeamten erkannte, fielen mehrere Personen über ihn her und mißhandelten ihn.

Im Landtage beschwerte sich der Kommunist Siebert über die Absperren, wobei der unabhängige Minister des Innern Lipinski bekanntgab, daß die Absperren durchbrochen worden sei und er daraufhin die Sicherung des Landtagsgebäudes angeordnet habe.

der daraufhin ohne weiteres gefallen war. Bei den darauf folgenden Verhandlungen über die Arbeitslosenfrage begründete der Kommunist Siebert einen kommunistischen Antrag leidlich sachlich.

minister Jäckel hob hervor, daß nur das Reich den Arbeitslosen ausreichende Hilfe bringen könne, der kommunistische Antrag müsse daher an das Reich gerichtet werden.

finanziellen Unmöglichkeit,

die völlige Einstellung der Reichshilfe zu Folge haben. Die Erwerbslosen würden daher in noch größere Not kommen.

sich blieben. Von der Tribüne rief man während dieser Ausführung Menge sei gefaßt. Dies hinderie Menge aber nicht, am Schlusse zu erklären, man müsse gemeinsam mit den Kommunisten die jetzige Verfassung beseitigen.

Die „Noten Fahne“ ist wieder einmal heftig entrüstet. Im mecklenburgischen Landtag mußte die Rednertribüne durch Sicherheitspolizei von kommunistischen Radauheldern gesäubert werden.

Die „Noten Fahne“ hat sich nur den falschen Ort ausgesucht, um ihre Wärdchen aufzutischen. Gerade in Berlin wird man nach dem, was sich im Roten Hause abgepielt hat, wenig geneigt sein, an die Lammesdunnschuld kommunistischer Redner zu glauben.

Bekämpfung der Korruption.

Von Müller-Brandenburg, Major d. G.

Man hat den Leiter des preussischen Landespolizeiamts, Landgerichtsrat Dr. Fald, gehen lassen. Damit ist der Mann entfernt, der wohl am tatkräftigsten dem Schieber- und Wucherwesen auf die Füsse getreten hat.

Wie stehen denn die Dinge? Ich spreche hier auf Grund einiger Erfahrung. Habe ich doch Gelegenheit gehabt, in zwei deutschen Ländern staatliche Wirtschaftspolizeien auf die Beine zu bringen, wobei ich, was ich hier ausdrücklich nochmals festlegen möchte, die tatkräftigste Unterstützung des Dr. Fald gefunden habe.

Auf Grund meiner Kenntnisse der Dinge sage ich: Wir kommen wirtschaftlich nicht hoch, solange in unserem Volkskörper das Korruptionsgift ungestört seine Wirkung vollziehen kann. Alle diejenigen, die da über unser großes Unglück jammern, sollten, statt zu jammern und zu lamentieren, mitwirken an der Beseitigung der Korruption.

Es ist nicht Bekämpfung der Korruption, wenn man sich hinstellt und schreit: „Die Revolution ist schuld!“ Erstens wird damit gar nichts erreicht, zweitens ist es eine glatte Lüge. Ich habe selbst vor einiger Zeit gewichtige Klientel aus dem Jahre 1915 in den Händen gehabt, aus denen hervorging, daß zu dieser Zeit bereits in sehr hohen Kreisen des Reiches die Korruption ihre Einkör gehalten hatte.

Und so ist es in der Tat. Jeder Beamte der Wirtschaftspolizei steht ständig in der Gefahr, der Verführung zu erliegen. Er kann, durch das Nichtwissenwollen allein, wenn es ihm paßt, viele Tausende verdienen. Und nun überlege man sich einmal, was der Staat den Beamten zuzahlt.

Aber diese Finanzfrage ist es nicht allein, die die Bekämpfung des Wuchers und der Korruption in Deutschland so erlaubt. Nein, sie ist sogar nicht die Hauptfrage. Wichtig ist dieses. Die Wirtschaftspolizei allein kann ohne Hilfe der anderen Behörden nicht handeln; sie braucht überall und jederzeit die Unterstützung aller möglichen Dienststellen.

lich, zuzupacken. Ich habe es erlebt, daß Dienststellen sich befähigend an den Minister wandten, weil die Wirtschaftspolizei festgesetzt hatte, wieviel unausgedroschenes Korn noch im Lande lagere und wieviel Druschfohle im Lande sei. Ich habe es erlebt, daß ein Landtagsabgeordneter in einer Ausschussung mir in die Parade fuhr: „Was, Wucherbefämpfung? Wir wünschen keine Bekämpfung des Schleichhandels!“

Das Schlimmste aber ist, daß die Wirtschaftspolizei sich von Staatsanwalt und Gericht verlassen fühlt. Immer und immer wieder die Klage, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte decken uns nicht, sie geben den raffinierten Wucherscheitern der Säbeler Raum. Und zwar aus sogenannten juristischen Gründen. Die Wucherbekämpfung wird von ihnen nicht gleichberechtigt mit der übrigen anerkannt. Das wissen die Schieber und nützen es aus. Kann man sich wundern, daß die ganze Wirtschaftspolizei klagt, daß ihre Arbeit vergeblich ist, wenn Staatsanwaltschaft und Gericht ihren Standpunkt nicht ändern?

Wir scheitern vor allen Dingen eines notwendig: Das Reich muß sich die Bekämpfung der Korruption als eine seiner Hauptaufgaben anlegen lassen. Es muß die Länder anhalten, alles zu tun, was möglich ist, es muß dafür sorgen, daß in ganz Deutschland eine einheitliche Bekämpfungsmethode eintritt, daß Staatsanwaltschaften und Gerichte die Wucherbekämpfung mit allen Mitteln aufnehmen, daß alle Behörden angewiesen werden, der Wirtschaftspolizei jede Unterstützung zu geben, die gefordert wird.

Es gibt für die Regierungen wie die Volksvertretungen kaum eine wichtigere Frage als die, wie zerfallen wir der Korruptionskraut den Kopf? Solange die vom Plute des deutschen Volkes lebt, wird Deutschland nicht zur Ruhe kommen, darüber sollte man sich allseitig klar sein. Und Korruption herrscht überall! In den höchsten Schichten, wie in den niederen, nur mit dem Unterschied, daß in den niederen die Gelegenheit zur Korruption nicht so groß, weshalb dort das Gift weniger stark vertreten ist. Es hat kein Stand das Recht, den anderen größere Verzeihung vorzuerzählen. Der Bahnbeamte, der Fahrkarten für sich verkauft, die Offizierswitwe, die als französische Spionin tätig ist, die Beamten und Soldaten, die Heeresgut veräußern helfen, der Bauer, der Brotgetreide an Vieh verfüttert, sein Korn verfährt, die Milch den Schweinen gibt, der Kaufmann, der 75 und 100 Prozent Aufschlag auf seine Ware nimmt, das Industriemittelnehmen, das in heutiger Zeit 30 Prozent und mehr Dividende ausdividiert, sie alle treiben Wucher mit der Rot des Volkes, sind Träger der Korruption, wie der Bergbaubeamte, der zur Kohlenveräußerung seine Hand reicht.

Gäbe es heute in Deutschland keine Korruption, so gäbe es weniger Not.

Wollen wir aber die Korruption wirklich fassen, dann bedarf es viel rigoroseren Mittel denn bisher. Darum: konfisziert dem Wucherer sein Hab und Gut, erklärt es dem Staat verfallen!

Der Einspruch des Staatsanwalts.

Ueber die Angelegenheit des Oberleutnants Vogel erzählt das „8-Uhr-Blatt“ von dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman, der gegen den Beschluß des Landgerichts Einspruch erhoben hat, folgendes:

Oberleutnant Vogel wurde vom Feldkriegsgericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wegen Begünstigung des Lotzschlages an Frau Lupenberg, wegen Erstattung einer falschen Meldung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil ist vom früheren Reichswehrentscheider Rostke bestätigt worden, wodurch es Rechtskraft erlangte. Vor Verhängung seiner Strafe ist Oberleutnant Vogel auf Grund eines falschen Ausweises nach

Holland entflohen. In Holland vertritt interniert, wurde er später auf freiem Fuß gelassen. Der Amnestieertrag vom 4. August 1920 hatte seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, beantragt, bei der Strafkammer III des Landgerichts II das Ersuchen um Gewährung von Straffreiheit zu stellen. Diesem Ersuchen hat das Landgericht II bekanntlich stattgegeben.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman erhob gegen diesen Beschluß des Landgerichts II vom 28. Dezember 1920 Einspruch bei der Strafkammer des Kammergerichts. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman erklärte, daß das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 nur auf rein politische Vergehen anzuwenden wäre, aber nicht auf Verbrechen des Mordes und Totschlages und Teilnehmerhandlungen an diesen, worunter auch Beihilfe, Aufstiftung und Begünstigungen fallen. Er beantragte bei der Strafkammer die Verwerfung des Beschlusses der dritten Strafkammer des Landgerichts II. Die Akten sind am 7. Januar dem Strafsenat des Kammergerichts vorgelegt worden. Der Steckbrief gegen Oberleutnant Vogel wird selbstverständlich aufrechterhalten. Es wird angenommen, daß sich Oberleutnant Vogel noch in Holland befindet. Was die übrigen Angeklagten im Prozeß Liebkecht-Lupenburg betrifft, so befindet sich der Hauptangeklagte im Reichsgefängnis; Deutscher Lippmann hat die verhängte Strafbewehrung bereits verbüßt (soweit man hier von „Lippen“ reden kann. Red.). Die übrigen Angeklagten sind ja bekanntlich freigesprochen worden, unter ihnen auch der Hauptmann Pflug-Hartung, der im vorigen Jahre (sein Name: Pflug, Red.) einen Aktentat in Friedrichshagen zum Opfer gefallen ist. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft II in der Nordische Liebkecht-Lupenburg gehen aber noch immer weiter und es wird jedes aufstrebende Verdachtsmoment nachgeprüft, ohne daß sich aber bisher irgendwelche greifbaren Resultate ergeben hätten.

Der letzte Satz muß einige Verwunderung erregen. Man hätte erwarten dürfen, daß der Staatsanwalt sich in diesem Zusammenhang über den von der „Freiheit“ veröffentlichten Brief des Jägers Runge geäußert hätte. Dies Geständnis, falls es echt ist, bedeutet doch ein sehr greifbares Resultat.

Falsch angebrachte Gutmütigkeit.

Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, eroberte der am 22. Dezember v. J. vor dem Essener Landgericht verhandelte Prozeß, den die Genossen Minister Paenisch und Severing angeklagt hatten, mit einem tückischen Rückzug der Verleumder, die sich zu einer de- und wehmütigen Abbitte, zur Zahlung einer Buße, zur Tragung sämtlicher Kosten und zu weitgehender öffentlicher Verteilung ihrer Abbitte bereit erklärten. Man hat es in Parteikreisen unseren Genossen vielfach vermerkt, daß sie in übertriebener Gutmütigkeit sich mit diesem Widerruf begnügten und darauf verzichteten, die beleidigten der verdienten Bestrafung zu überantworten. Wie sich jetzt zeigt, hatten diese Kritiker recht. Denn das „Freie Wort“, jene „nationale“ Essener Wochenzeitung, die die hochbedenklichen Beschuldigungen gegen unsere Genossen in leichtfertiger Weise erhoben hatte, ist heute wieder auf hohem Koffe. In ihrer Nummer vom 9. Januar bringt sie aus Anlaß des Prozesses gegen dieselben Minister, die eben ihren Redakteur gnädig haben laufen lassen, abermals nicht weniger als drei Artikel der unverschämtesten Art. Einer von ihnen, der sich insbesondere gegen den Genossen Paenisch richtet und von beleidigenden Wendungen nur so strotzt, rühmt sich der Verfälschung des Genossen Emil Roth, des früheren ersten Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, der sich auch hier wieder stolz als ehemalsiger sozialdemokratischer Stadtverordneter in Leipzig und Neufahrn bezeichnet. Man weiß wirklich nicht, wem man zu dieser Bundesbrüderlichkeit mehr gratulieren soll: Herrn Roth oder dem „Freien Wort“!

In einem der beiden weiteren Artikel bringt das Blatt es fertig, in einem Rückblick auf den Prozeß in verletzender und darum juristisch kaum scharfer Form seine unerschämten Behauptungen zu erneuern. Unter anderem heißt es in dem Artikel:

Karl Marx und die „echten Marxisten“.

Von Alwin Rudolph.

In dem von ihm herausgegebenen literarischen Nachlaß von Karl Marx glaubte Franz Mehring feststellen zu müssen, daß die dreipolitischen Auseinandersetzungen „das Marnikel, das angefangen hat“, niemals Marx gewesen ist. Diese Feststellung wurde gleich beim Erscheinen des Werkes als nicht in allen Fällen zureichend stark angezweifelt. Eine entgegenge setzte Feststellung wäre auch für den Subjektivsten kaum eine üble Nachrede. In seiner ersten publizistischen Tätigkeit, als Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, die nach dem Urteil des preussischen Zensors die französischen liberalen Ideen in Deutschland verbreiten wollte und auf die Erhaltung der Monarchie abzielte, hat dagegen Marx jede Gelegenheit benützt, mit seiner Polemik einzuhaken. Das zeigt uns vor allem wieder ein bisher unbenutztes Brief von ihm an die „Rheinische Zeitung“, dessen Original bei den Akten dieser Zeitung im Historischen Archiv zu Köln liegt und jetzt mit anderen handschriftlichen zum ersten Male gedruckt wurde in den von Prof. Danjeu herausgegebenen „Rheinischen Briefen und Aktenstücken zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850“ (Verlag von G. D. Baedeker, Essen). In seinem bedeutungsvollsten Teil lautet dieser Marx-Brief:

Schäden Sie mir den Aufsatz von Mater in der „Rheinischen Zeitung“ über das Kommunalwesen und, wo möglich, sämtliche Aufsätze von Petrus gegen das Judentum. Ich will Ihnen dann sobald als möglich einen Aufsatz schicken, der letztere Frage, wenn auch nicht abschließend, doch in eine andere Bahn bringen wird.

Wenn es mit Ihrer Ansicht von der Sache übereinstimmt, so fänden Sie mir auch den Justiz-mitteln-Artikel zur Kritik. Man muß die Sache leidenschaftlos besprechen. Erhöhen sind ganz allgemeine theoretische Erörterungen über Staatsverfassung eher passend für rein wissenschaftliche Organe als für Zeitungen. Die wahre Theorie muß innerlich konkreter Zustände und an bestehenden Verhältnissen klar gemacht und entwickelt werden. Mein, da es nun einmal geschehen ist, so ist ein Doppeltres zu berücksichtigen. Bei jeder Gelegenheit, wo wir in Streit mit anderen Tagesblättern geraten, kann man uns, gerade es früher oder später, die Sache antun. Eine so deutliche Demonstration gegen die Grundpfeiler der jetzigen Staatsverfassung kann Scharfung der Zensur, selbst Unterdrückung des Blattes zur Folge haben. ... Jedenfalls aber bestimmen wir eine große, und zwar die größte Menge freigelegener praktischer Männer, welche die nächste Rolle übernehmen haben, Stufe vor Stufe, innerhalb der konstitutionellen Schranken, die Freiheit zu erkämpfen, während wir von dem bequemsten Sessel der Abstraktion ihre Widersprüche ihnen vordemonstrieren. Es ist zwar wahr: Der Verfasser des Justiz-mitteln-Artikels fordert zur Kritik auf; aber I. wissen wir doch alle, wie die Regierungen auf solche Herausforderungen antworten; 2. ist es nicht genug, daß jemand sich der Kritik unterwirft, die ihn ohnehin nicht um Erlaubnis fragen wird; es fragt sich, ob er das gehörige Terrain auswählt. Zeitungen tragen erst dann an, das passende Terrain für solche Fragen zu

sein, wenn diese Fragen Fragen des wirklichen Staats, praktische Fragen geworden sind.

Ich halte es für unumgänglich, daß die „Rheinische Zeitung“ nicht sowohl von ihren Mitarbeitern geleitet wird, als daß sie vielmehr umgekehrt ihre Mitarbeiter leitet. Aufsätze wie der berüchtelte geben die beste Gelegenheit, einen bestimmten Operationsplan den Mitarbeitern anzudeuten. Der einzelne Schriftsteller kann nicht in der Weise das Ganze vor Augen haben, als die Zeitung. Sollen meine Ansichten nicht mit den Ihrigen übereinstimmen, so würde ich, falls Sie es nicht für unpassend halten, in den Anecdotes als Anhang zu meinem Aufsatz gegen Hegels Lehre von der konstitutionellen Monarchie diese Kritik liefern. Ich halte es aber für besser, wenn die Zeitung selbst ihr eigener Arzt ist.“

Dieser Brief vom 25. August 1842 ist in mehr als einer Hinsicht äußerst interessant und in Bezug auf die Stellung des Schreibers zu den Fragen der Tagespolitik besonders lehrreich. Schon vorher hatte Marx in einem Briefe vom 5. März an Ruge die Bekämpfung der konstitutionellen Monarchie als eines durch und durch sich widersprechenden und an sich selbst zerfallenden „zur politischen Kernfrage“ erklärt. Der von ihm angeführte Justiz-mitteln-Artikel („die rechte Mitte“) enthält aber eine Kritik des Konstitutionalismus. Und wenn nun Karl Marx sich gegen „eine so deutliche Demonstration gegen die Grundpfeiler der jetzigen Staatsverfassung“ — 1842 — erklärt, um den Zensor nicht aufzuregen, so zeigt es doch, wie groß der Realpolitiker Marx in den praktischen Fragen der Tagespolitik gewesen ist und — wie marxistisch eigentlich die Haltung unserer Parteipresse unter der strengen Zensur während der Kriegszeit war.

Und um ein politisches Organ zu erhalten und damit einen „dem Publico unsichtbaren, aber nichtdeutlicher hartnäckigen und pflichtmäßigen Kampf“ zu führen, verhielt sich Karl Marx in einem im Konzept von seiner Hand herrührenden, ebenfalls in dem obengenannten Werk zuerst abgedruckten Schreiben an den Oberpräsidenten zu der Aussprechung: „Die Rheinische Zeitung“ darf also glauben, den in der Zensurinstruktion niedergelegten Wunsch S. R. nach einer unabhängigen, freisinnigen Presse vorzugsweise realisiert und hierdurch nicht wenig zu den Gegensprüchen beizutragen zu haben, mit welchen gegenwärtig ganz Deutschland S. R. unsern König auf seiner emporstrebenden Laufbahn begleitet.“ So die politische Taktik unseres Karl Marx. Es ließe sich aus dem hier erstmalig dargebotenen reichen Material noch mehrfach belegen, daß es Marx zur Erreichung seines Zweckes und im Gebot der Stunde nicht verabsäumte, Konstanzen einzugehen. Aber es genügt, um zu zeigen, daß Karl Marx in Fragen der Tagespolitik durchaus nicht der Marxist war, als der er von unseren Linksrabulanten fälschlich ausgebeutet wird.

Die weggegrabene Willenskraft. Ein ungewöhnlicher Prozeß gelangt dieser Tage zur Verhandlung. Die Anklage lautet: Verstoß gegen einen gemeinen Betrag, der sich in Wahrheit aber in den Hausvermögen geschwindigkeits waltender Derenkünste fällt. Das Gericht soll nun darüber entscheiden, ob der Umstand, daß jemand eine arbeitsfähig übernatürliche Kraft zur Heilung der Leiden der Seele und des Körpers ausstrahlt, die Anklage wegen schwindel-

„Es war den Ministern köstlich bange, sonst wären sie nicht zwei Mann hoch vor dem Essener Tribunal erschienen. Die Akten für die Preußenwahlen scheinen für sie persönlich wie für die Reichssozialdemokratie verdammt schlecht zu stehen. ... Das beschleunigte Verfahren (das Verfahren hat nahe zu drei Viertel Jahr gedauert! D. Red. des „Vorm.“) hat den Beweis nicht erbringen können, daß Paenisch und Severing Schieber sind. Sie sind nicht Schieber — aber wir zählen unsere Ruhe gern, wenn wir wissen, daß preussische Ministerium des Innern vor bemüht, für seine Beamten und die Beamten der inneren Verwaltung in Berlin Lebensmittel, die dem freien Verkehr unterliegen, zu beschaffen. ... Wie kommt's ... daß nur ein kleiner Kreis in den Reichs so kostbarer Lebensmittel billig gelangen konnte? Tut mal den Mund auf, ihr Herren Minister von Preußen! ... Wer ist der Käufer? Wer hat den Gewinn? ... Warum hat sich der Minister keine für Freigabe eines Waggons so stark gemacht? ... Und wird zugelassen: Wer hat die ganze Sache finanziert? Ergötze sich 30 Millionen Mark für Finanzierung der Einkaufsbereinigungen der Beamten in Berlin aufgebracht haben. Drumherumrennen hilft nicht, festgestellt ist, trotz des Zweifels von Herrn Paenisch an der Flugschiff mancher Eisenbahner, daß mehr als ein Wagon Lebens- und Genussmittel vom Westen nach dem Berliner Osten rollte.“

In dem Stil geht es weiter. Wenn das der Auftakt für die Kampfesweise der Rechten im Wahlkampf sein soll, dann können wir uns ja auf allerlei Erbauliches gefaßt machen. Parteigenossen, die einmal gezwungen sind, das bürgerliche Gericht zum Schutz ihrer persönlichen Ehre anzurufen, sollten aus dem Vorfall lernen, daß sie sich durch keine Abbitte einer deutschnationalen Verleumderlei bestimmen lassen dürfen, von der Bestrafung Abstand zu nehmen.

Münchener Justiz.

München, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vormwärts“.) Gegen den ehemaligen Reichswehrsoldaten Dobner und mehrere Genossen wird morgen vor Gericht wegen Betrugs militärischer Beheimnisse und wegen eines Erpressungsversuches verhandelt werden. Der Staatsanwalt erhebt auf Beschluß der Oeffentlichkeit. Bekanntlich handelte es sich bei Dobner und Prozeß um Waffen, die umschiffend der Entente-Kommission und den Orgeschmännern ausgeliefert werden sollten. Die Verhandlung gegen die beiden Studenten Schuster und Berhold, die seinerzeit Dobner im Auto überfallen haben, soll in 14 Tagen vor dem Schöffengericht in Freising stattfinden. Offenkundig soll über diese unangenehmen Dinge ein Schleier gebreitet werden.

Die Waffenbeschlagnahme.

Berlin, 10. Januar. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10. Januar:

- 932 Gewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer,
- 18 067 Maschinengewehre,
- 1 680 Maschinengewehre,
- 2 201 524 Gewehre und Karabiner,
- 78 325 Revolver und Pistolen,
- 85 616 Handgranaten,
- 3 553 Geschützteile,
- 246 357 Maschinengewehrteile,
- 312 005 Gewehrteile,
- 46 241 899 Stück Handfeuerwaffen-Ruflisten.

Im Monat Dezember beträgt der Zugang an Maschinen- gewehren 530, an Gewehren 98 143 Stück. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 539 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1086 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Katolische France ist den Kommunisten beigetreten. Dichter sind forderbare Leute!

offener Manipulation nachher. Die ganze Gegend beschäftigt sich seit Monaten nur noch mit diesem Prozeß und nicht mit gespannter Neugierde dem Urteil entgegen. Der Angeklagte ist ein früherer König namens Chäwau, der in Tours eine Agentur eröffnet hatte, die sich allen möglichen und unmöglichen Geschäften widmete. Der Angeklagte beschäftigte sich mit der Hebung von Personen, die die Ehre einer Familie bedrohten, war der Leiter einer „Der Traum“ betitelten Hetzzeitung, falsche Leichentafeln, die den heimischen Veneten wieder zu und beschäftigte sich weiterhin als Handwerker und als Leiter in die Brüche gegangener Ehen. Jedemfalls ist der Fall, der den König ins Rollen brachte, recht ungewöhnlicher Natur. Eine moderne Phädraut aus Tours, die, in das Netz fänger Lüste verstrickt, von ihrem Gewissen geplagt wurde, hatte sich an den früheren König mit dem Gesuchen gewandt, sie von ihren unheimlichen Gelüsten zu befreien. Der in allen Künsten erfahrene Zauberer ließ sie einige Gebete herlesen, tief den heiligen Wahn an und schloß das Haupt der jungen Sündlerin mit gewöhnlichem Öl. Die Kur hatte auch den besten Erfolg; der Verleumder entwich, Ruhe und Frieden zogen wieder in das Herz der Sündlerin ein. Unglücksfälligerweise erfuhr auch der König von dem Erfolg der Kur und kam dadurch auf die dortangehörigen Liebeserzählungen seiner Gattin. Er geriet darüber ganz aus dem Häuschen. Angesichts dieses Wahnbruchs wandte sich die erschrockene Frau aufs neue an den Hexenmeister, auf daß er auch dem Gatten seine Behandlung zuteil werden lasse. Der König übergab ihr daraufhin einen Beutel mit geweihtem Öl, das der größten Sicherheit halber auch noch mit heiligem Öl besprengt wurde. Den Beutel nahm die Frau darauf in das Unterfutter des Ueberziehers ihres Gatten. Die Wirkung war überraschend; denn der Unglückliche klagte vergeblich, daß er von jener Stunde an die Willenskraft vollständig eingebüßt habe.

Kunstvorträge. Adolf Behne beginnt einen Kursus „Die neue Kunst“ am 14. Januar, 8 Uhr, Friedrichstr. 136, eine Einführung in die Kunst als Arbeitsgemeinschaft am 18. Januar, 8 1/2 Uhr, Georgenstr. 30/31, und eine Führung durch die Italiener-Säle des Kaiser-Friedrich-Museums am Sonntag, den 16. Januar, 9 1/2 Uhr. Ueber moderne Baukunst spricht am 15. und 22. Januar, 7 1/2 Uhr, im Kunstgewerbemuseum in einer Vortragsreihe der Volkshöhe Dr. Gabu-Wiener, Einkaufskarten zu 1 R. nach Linienstr. 27 und an den Tischchen Theatersassen.

Im Lessing-Museum, Samstag, 6 1/2 Uhr, Gertrud Ruhe aus Waldemar Bonse's Dichtungen.

Die Aufführung eines deutsch-arabischen Dichters. Von dem arabischen Dichter Abd. Domet, der in Cairo geboren und nun in Berlin tätig ist, wird das Potsdamer Schauspielhaus am 22. Jan. zwei Einakter: „Sorempiel“ und „Belasat“ zur Aufführung bringen.

Das Städtische für kleine Städte. Der Theaterkulturverband (Zentralstelle Heidelberg, Goldberg 89) hat durch die Rheinischen Verhältnisse für Bühnenkunst in Godesberg ein besonderes Modell Theaterkultur, d. i. eine künstlich und technisch einwandfreie, sehr zahlreiche Verwandlungen zulassende Städtische vor allem für kleinere Städte schaffen lassen.

Schillers „Nellen“ II für die Aufführung in Wien (Kammer-spiele) freigegeben worden.

Am 16. Geburtstag von Gregorovius, dem Geschichtsschreiber der Stadt Rom (am 19. Jan.), gibt Johannes Boentje seine „Gregorovius“ (H. D. Cotta) heraus. Er gibt eine reiche Sammlung wertvoller Briefe

Heute abend: Mitglieder - Versammlungen in den bekanntgegebenen Lokalen
Freitag, 14. Januar: Oeffentliche Volksversammlungen

Groß-Berlin

„Erfolg“ eines Wohnungsamts.

Den Wohnungsämtern wird oft vorgeworfen, daß sie bei der Wohnungsbeschaffung nicht durchgreifen. Diese Klage kehrt wieder in fast allen Mitteilungen, die darüber berichten, daß da und dort Wohnungen mit acht, mit zehn, mit zwölf Zimmern von nur zwei, drei oder vier Personen bewohnt werden.

Auffehen erregt das Vorgehen des Wohnungsamts Schönberg gegen einen Geschäftsmann, den es aus einer Wohnung von vier Zimmern hinausegesetzt hat, obwohl die Familie aus drei Personen (einschl. eine Hausangestellte) besteht. Das Wohnungsamt wird sich wahrscheinlich darauf berufen, daß diesem Mieter die Wohnung nur vorläufig überlassen und ihm die Vermietung nach wiederholter Verlängerung nur „bis auf weiteres“ erlaubt worden war.

Das Wohnungsamt Schönberg hatte also einen Erfolg zu verzeichnen. Es wird darüber um so mehr Freude empfunden, da es

nicht lange vorher erklärt hatte, leider nicht gegen einen in demselben Hause wohnenden Mieter einschreiten zu können, dessen aus elf Räumen bestehendes Quartier von nur drei Personen (einschl. eine Hausangestellte) bewohnt wird. Merkwürdig ist, daß die am 21. Dezember zwangsweise geräumte Wohnung noch am 11. Januar leer stand.

Erweiterung des Vorortverkehrs. Förderung der Siedlungspolitik.

Die Schaffung eines einheitlichen, kommunalen Groß-Berlin rückt auch in verleblicher Hinsicht die Frage der Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes in den Vordergrund des Interesses. Hierüber erfahren wir von gutunterrichteter Seite, daß dem Bedürfnis nach einem einheitlichen Verkehr nach und von der neuen Vorortzone Groß-Berlins seitens der Eisenbahnverwaltung in zweierlei Richtung Rechnung getragen werden soll.

Eine zweite Maßnahme befindet sich ebenfalls im Stadium der Vorbereitung. Es handelt sich hierbei um die Förderung einer großzügigen Siedlungspolitik. Die neuen Reichsbahngrenzen von Groß-Berlin liegen vielfach nur wenige Stationen entfernt von den Vorortstationen.

Schulstreik und Quäterspeisung.

Die Berliner Gemeindegemeinschaften 82 und 90, die im Hause Lurmsr. 75 untergebracht sind, leiden seit dem 11. Dezember unter einem Schulstreik. Eltern halten ihre Kinder vom Schulbesuch zurück, weil die Schulen dadurch beengt und behindert sind, daß sie ihr Quartier mit Bureaus der Erwerbslosenfürsorge teilen müssen.

In Ergänzung unseres Schreibens vom 7. Dezember 1920 teilen wir Ihnen mit, daß die Schuldeputation sowie der zuständige Kreisdiakonat mit allem Ernst bemüht sind, die anderweitige Unterbringung der Geschäftszimmer der Erwerbslosenfürsorge vom Magistrat zu erwirken.

90. Gemeindegemeinschaft von Herrn Theodor Krempe überhandte Eingabe zugestellt worden, die den Streikbeschluss der Elternschaft mitteilt. Da nach Weihnachten die Neuauswahl der Kinder zur Quäterspeisung stattfinden soll, diese durch den Streik aber nicht durchführbar ist, so erleiden die pflegebedürftigen Kinder schweren Schaden.

Begen dieses am 3. Januar 1921 eingegangene Schreiben hat eine Elternversammlung protestiert und beschlossen, den Streik bis zum vollen Erfolg fortzusetzen. Auf Anfrage beim Jugendpflegeamt wird uns gesagt, daß die Quäterspeisung nach den Weihnachtsferien auch in den Gemeindegemeinschaften 82 und 90 in gewohnter Weise wieder aufgenommen worden ist.

Eine rote Kirchenliste in Neukölln.

Für die am 23. Januar d. J. stattfindenden protestantischen Kirchenwahlen hat der „Bund religiöser Sozialisten“ in Neukölln eine besondere sozialistische Kandidatenliste aufgestellt. Sie umfasst insgesamt 109 Namen, da es sich in Neukölln um eine einzige zusammenhängende Kirchengemeinde von ca. 220 000 Mitgliedern in fünf Kirchenbezirken handelt und dementsprechend das Neuköllner Kirchenparlament insgesamt 100 Sitze zu vergeben hat.

Die Bedeutung der Neuköllner Bewegung wird ersichtlich, wenn man hört, daß sie von deutscher Seite als ein Wendepunkt in der religiös-kirchlichen Kulturentwicklung bezeichnet worden ist. Die neue Zeit und unsere demokratische Staatsform verlangen daher auch eine neue Stellungnahme der Sozialdemokratie der Kirche gegenüber. Es ist unbedingt die Pflicht aller Genossen, die der kirchlichen Gemeinshaft angehören, sich innerhalb der Kirche in sozialistischem Sinne zu betätigen.

Es wird sich vor allem darum handeln, die Kirche ihres rückständigen Gewandes zu entkleiden und sie, die durch das Verschulden der Kaste der Priester und Juristen ein steter Demmenschau der Entwicklung gewesen ist und noch heute die Hochburg der Reaktion darstellt, durch die Verbindung mit der großen Weiterentwicklung des Staates im sozialistisch-demokratischen Sinne einer neuen Bestimmung zuzuführen: der Aufklärung der Massen über den Ursprung, Sinn und Endzweck ihres Daseins als Menschen zu machen.

Die Vorgänge bei der Südbahn.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat für die am Donnerstag anberaumte Sitzung an den Magistrat folgende Anfrage gerichtet:

Die Unterzeichneten eruchen den Magistrat um Auskunft, wie er die aus Anlaß der Verfügung vom 20. Dezember entstandenen unliebsamen Vorgänge bei den Arbeiten der Südbahn und des Industriegeländes zu erledigen gedenkt.

Da die Unterzeichneten befürchten, daß durch die Ein-

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Es wurde gegessen, und nach dem Essen wurde noch von Schmeiffas süßem Schnaps getrunken. Und zu dreien wurde geplaudert. Schmeiffa schien Marja gar nicht zu leben, mitunter nur blickte er lässig nach ihr hin, während er zurückgelehnt auf der Bank saß, die Beine schlang, gerade auf die Diele hinaus gestreckt, die Sehnen und Muskeln in Ruhe nach dem guten Bad und dem saften Mahl — die Arme auf der Brust verdrängt und die Hand von Zeit zu Zeit nach dem silbernen Becher langend.

Juha ging voraus, um den Weg zu zeigen. Schmeiffa ging mit, wandte sich aber auf dem Flur um und kam in die Stube zurück.

„Hast du etwas vergessen?“ fragte Marja. „Ach habe ja den Kansen ganz vergessen.“

„Da hast du freilich nicht wenig vergessen: den Kansen!“ Schmeiffa nahm ihn an einem Achselband auf die Schulter, während Marja an dem anderen half. Die linke Hand hatte er an dem Bond, die rechte war frei.

„Ist noch etwas hier?“

„Die Mütze noch.“

Marja nahm sie von der Bank und brachte sie. Da packte Schmeiffa Marja unter den einen Arm und drückte sie an seine Brust und hielt sie da einen Augenblick. Ließ sie dann los, als ob nichts geschehen wäre, sagte nichts und ging. Und auch Marja brachte kein Wort hervor. Sie blieb nur mit Schmeiffas Mütze in der Hand stehen. Juha erschien in der

Tür. Marja warf ihm die Mütze zu und wollte hinaus-schlüpfen.

„Bring dem Fremden die Mütze!“ Aber Juha stand in der Tür, vertrat ihr den Weg, und sein Mund und seine Augen lächelten.

„Was willst du?“ Marja rief es fast schreiend, das Auge kalt und scharf wie eine Messerspitze.

„Ich wo—wollte was trinken,“ stotterte Juha.

„Du hast doch schon.“

„Ja, ja, aber mir—mir . . . ich habe soviel Salziges . . .“

„Da nimm!“

Marja schob ihm den Holzkrug mit verdünnter Sauermilch vom Tisch zu. Juha wollte etwas sagen. Er brachte es nicht heraus, dafür trank er Milch aus dem Krüge. Erst dann bekam er Mut.

„Wo—wo wi—wilst du denn schlafen, da—da—?“

„Da was?“

„Da du dem Fremden dein Bett gegeben hast.“

„An der Badestube!“ fuhr ihn Marja an.

„Vielleicht wä—wäre es in ma—meinem Speicher fähler . . .?“ Ich kann ja auf dem Pferdestallboden schlafen.“

Marja ging hinaus. Sie schien zu gehen, als ob sie wieder über etwas böse wäre. Und Juha ging mit seinem Krüge in seinen eigenen Speicher.

III.

Es ist schon be—r Tag, als Schmeiffa in seinem Speicher erwacht. Auf dem Rücken liegend, die Hände im Nacken, mustert er sein Nachtschlafquartier. Der Speicher einer Frau, vielschicht der Wirtin des Gehöfts. Das will einer der besten Bauernhöfe sein, aber die Schätze der Wirtin sind jedenfalls nicht bedeutend. Zwei Wintertröde aus Fries und ebensoviele hausgeworbte für den Sommer, ein einziges reinleines Hemd, die übrigen aus Zwillich. Ein Bündel graue Strümpfe am Sparren. Kein Wunder, daß sich die Augen von seidenen Tüchern und einer Spange blenden lassen, dem Allen wie seinem Weibe. Habe ihnen vielleicht umsonst ein so teures Geschenk gemacht, sie hätten ihren Hof verkauft, wenn ich es nicht billiger hergegeben hätte. Aber der Schmeiffa aus Naktua hat ja wohl nicht zum erstenmal ein Weib beschenkt. Es hätte nicht alle Seide, die er weggeschenkt hat, auf den Sparren dieses Speichers Platz. Und es ist ja gut, daß man

auch an diesem Wege Freunde hat . . . Das ist ein schmuckes Weib, hat mir jaht im Schlaf keine Ruhe gelassen . . .

Wöhlich klang es, wie wenn der Wasserläufer aufsteigend seinen gelenden Ruf ausstößt, es erklang die Stimme eines Liedes, die bei dem Viechpferd begann und von da über den Hof in das Haus trug und wieder nach dem Pferd und von da zurück — wohl hatte Schmeiffa sie, die Weiber, singen hören, aber nie aus so tiefer Brust, nie so klar und leicht aus der Kehle quellend. Es war, als habe die Sängerin all ihre Freude und all ihren Jubel nicht in sich bergen können. Aus ihrem Singen hört man immer heraus, was sie sonst nicht wissen lassen. Aber nicht oft ist es so gegangen wie gestern: nicht einmal geschrien hat sie, obwohl ich fürchtete, daß sie schlagen würde . . . Ließ sich auf der Stelle bräutlich kleiden, zitterte, obwohl sie an sich hielt. Die wäre bald zu haben, wenn man nur wollte. Aber, Schmeiffa, von dir laufen 'a schon mehr Spröhlinge, als für einen Mann genug wären, auf fremden Höfen umher, und erst auf deinen eigenen. Sie ahnen nicht, die Väter, wessen Söhne sie auf den Knien schlüpfen. Sollte man ihm, dem guten Mann, hier auch die Freude machen? Das ist das Allerhöchste und Tollste, wenn man nach einem Jahre in ein Gehöft kommt und einem da der eigene Junge zugeworfen wird, damit er einem am Barto sauft.

Er lockte mit halb geöffnetem, lautlosem Munde, und sein Blut siedete. Er stieß mit dem Fuße die Tür auf und sah Marja, eine Milchblüte tragend, mit wiegenden Schritten in das Haus gehen. Die bot eine Haltung wie die beste Vojarentochter, ja, das hat sie!

Marja sehte am Tischende die Milch durch, als Schmeiffa in die Stube trat. Ihr Arm war im Bogen gehoben, wenn sie mit dem Schöpfer Milch in die Seibe fließen ließ. Es rauchte die Milch, rieselte dann, rauschte und rieselte wieder, während sich der Bogen des Armes hob und senkte.

„Morgen, Wirtin.“

„Ach, guten Morgen.“

Marja wich seinem Blick nicht aus. Erwiderte ihn lang, wie trogend. Sie war in ihrem Sonntagskleid, über den Schultern Schmeiffas Seidentuch und an der Brust die Spange.

„Schläft der Wirt noch?“ fragte Schmeiffa.

(Fortf. folgt.)

Schränkung der Arbeiten sich Zustände ergeben können, aus denen erhebliche Schäden für die Stadt erwachsen, bitten wir um Ausfuhr, ob es nicht möglich ist, die Verfügung auch im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit rückgängig zu machen.

Zoll des Kranken dienlich sein — ?

In den beiden Heimstätten Buch ist es am letzten Sonntag, wie wir einem am zugegangenen Bericht des Patienten-Ausschusses entnehmen, zu einem schlimmen Konflikt gekommen. Den Ausgeheurlaub zur Beteiligung an einer vom Verband der Lungen- und Tuberkuloseerkrankten nach dem Bahnhofsrestaurant Buch einberufenen Versammlung, für die der bekannte Vortrag des Arztes Dr. Wolf über Tuberkulosebekämpfung angekündigt war, hatte die Verwaltung auf Anweisung vom Heimstättenrat verweigert. Die Patienten legten sich darüber hinweg und besaßen sich, Männer und Frauen, in geschlossenem Zuge nach dem Versammlungsort, wo sie nach dem Vortrag eine Protestresolution gegen die Urlaubsverweigerung annahmen. Der Bericht meldet aus der Heimstätte für Frauen noch einen ähnlichen Auftritt, der sich bei dem Ausmarsch ereignete. Der leitende Arzt habe für Abberufung des Verbotes die Schließung der Anstalt angedroht, der Justizrat habe der Männern des Patienten-Ausschusses ein paar Ohrfeigen angeboten, den aus der Versammlung zurückkehrenden Patienten sei kein Mittagessen mehr gegeben worden. Montag früh sei dann in beiden Heimstätten von den Patienten die Behandlung der Herde abgelehnt worden.

Wir empfehlen allen an diesen Dingen beteiligten Personen — allen! — es sich einmal ernstlich zu überlegen, ob mit solchen Zuständen den Kranken genügt wird.

Die juristische Sprechstunde findet morgen von 2—4 Uhr statt.

Verurteilte Milchhieber.

Das Urteil in dem großen Milchhieberprozess zu Ungunsten der Reichsverteidiger, der seit mehreren Tagen die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt hat, ist gestern gesprochen worden. Es wurden verurteilt:

- Karl Marcillier zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Gefängnis, außerdem wurden 5000 M. als Beschlagnahme erklärt. Das Gericht verurteilte, daß dieser Angeklagte aus Leichtsinne gehandelt habe, um Schulden zu tilgen, Rentopfergabe auszuführen, Autosfahrten zu machen, andererseits wurde die Jugend des Angeklagten und die Verführung zu den Straftaten durch seine Tante Betty berücksichtigt.
- Karl Marcillier zu 8 Monaten Gefängnis (unter vorläufiger Aussetzung der Strafe) und 5000 M. Geldstrafe.
- Betty Marcillier, die als das böse Prinzip und treibende Kraft angesehen wurde, die aus Halsstarrigkeit und ihre Kassen ausgezehrt habe, zu 7 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe.
- Der Angeklagte Lange zu 8 Wochen Gefängnis (die als verbüßt erachtet wurden) und 2000 M. Geldstrafe.
- Stadtkellner Dornke zu 6 Monaten Gefängnis, da es sich um eine schwere Verletzung eines mit der Beförderung der notwendigen Bewältigung betrauten öffentlichen Beamten handele.
- Die Angeklagten Oppenheim und Fandré wurden freigesprochen.

Wählung, Oesterreicher: Die Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, welche für Deutschland abstimmen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß der letzte Termin für die Anmeldung der Option bei den österreichischen Vertretungsbehörden in Deutschland mit dem 15. d. M. abläuft. — Wer nach einer Gemeinde des jetzigen Deutschlands unständig ist, braucht nicht erst zu optieren.

Die Zentrale des Bundes der Auslandsdeutschen e. V. ist von der Reichsstadt nach Berlin E. 2, Kottbuserstr. 76 (Alexander 5052—54) verlegt worden, wo sich bereits der größte Teil der Entscheidungsbekanntmachung befindet.

Waffenfunde im Südwesten. Am gestrigen Vormittag wurde die polizeiliche Durchsuchung nach Waffen in Berlin fortgesetzt, und zwar fand die Durchsuchung im Südwesten der Stadt im Zuge der Gneisenaustraße statt.

Rohmehlaustrage. Es entfallen auf die Abkante 79/80 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 600 Gramm ausländisches Rohmehl zum Preis von 5,10 M. (4,25 M. je Pfund). Die Ausgabe erfolgt ohne Veranmeldung in der Zeit vom 12.—31. Januar 1921 in familiären Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamten-Vereinsvereins, ferner in den Verkaufsstellen der Meierei E. Volla, in den durch rote Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen und in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, soweit dort noch Restbestände liegen.

Bezugsbildungsausflug. Sozialistische Bildungsvereine. Schöneberg: Der Vortragstag über Rebebung findet am Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im Neuen Rathaus, Rudolf-Wilhelms-Platz, Zimmer 144, statt. — Abonnements-Festkonzerte: Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Neuen Welt, Hofenstraße 10/11, Wagner-Etzt-Romert. Mitwirkende: Herr Professor Walde-mar Büchse, das Nimmerwäckerer unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Dr. Heinz Unger. Die Karten sind unterjährig einlöslich. Einzelpreis zum Preis von 4 M. sind noch an der Kasse zu haben. — Sonntag, den 16., nachmittags 3 Uhr und Montag, den 17., abends 7 1/2 Uhr, „Hoffnung auf Segen“ im Hof-Theater, St. Frankfurter Str. 122. Karten zum Preis von 3,50 M. einschließlich Garderobe und Theaterzettel sind auch im Bezugsbildungsausflug und bei den Ordnern im Theater zu haben. — Die Marxensper „Jüdisch“ ist abgesetzt vom Spielplan. Die Entschneide behalten für die Abendvorstellung des Zentraltheater, Alte Jacobstr. 31/32, Gültigkeit. Aufgeführt wird die Operette „Frau Dörbel“.

Filmschau.

In den Sportplatz-Vorstellungen wird in dieser Woche ein italienischer Film „Der fürstliche Abenteuer“ und der nach dem gleichnamigen Blandierschen Roman bearbeitete Film „Madame Bovary“ vorgeführt. „Der fürstliche Abenteuer“ ist ein Sensationsfilm, der mit den größten Mitteln auf die Phantasie der Zuschauer zu wirken versucht. Die Handlung dreht sich um einen verstorbenen Prinzen; da auch im Film genaugen die Tugenden letzten Endes siegt, kann der Prinz nach den unglücklichsten Erlebnissen schließlich seine Regierung antreten. In „Madame Bovary“ verschwinden bei der Verfilmung natürlich die feinsten Momente, die die Heldin des Stückes — durch Elise Roscher sehr wirkungsvoll vertreten — zu den Ueberrücken und schließlich in den Tod treiben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, Mittwoch, den 12. Januar:

- 11. Abt. (Landsberger Allee 135, abends 7 1/2 Uhr).
- 12. Abt. (Charlottenburg). 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Schöth, König-Platz-Str. 6, Ausgabe der Parteipostkarten.
- 13. Abt. (Schöneberg). Beklebung in folgenden Lokalen: Milde, Rollendörfer, 16; Polzer, Köpenickerstr. 16; Wittmann, Martin-Luther-Str. 78; Doh, Martin-Luther-Str. 69; Winte, Bismarckstr. 7. Berichtserstattung nach dem Bericht.
- 14. Abt. (Neufeld). 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Herzog, Arnoldsbrücke 1.
- 15. Abt. (Nieder-Schöneberg). 7 1/2 Uhr Generalversammlung bei Rißel, Gellener Str. 8, nächste Tagesordnung.
- 16. Abt. (Weißensee). 7 1/2 Uhr Parteibeklebung in folgenden Lokalen: 1. Bes.: Gerd, Köpenicker Str. 69; 2. Bes.: Gräde, Charlottenburger Str. 3; 3. Bes.: Wietfeld, Bismarckstr. 62; 4. Bes.: Damp, Lichterberger Str. 2, Tagesordnung: Stellungnahme zu den Landtagswahlen.
- 17. Abt. (Hohenschönhausen). 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Müller, Berliner Str. 17. Bericht und Beschlüsse der Abteilungs- und Bezirksleiter und Tagesordnung der Landtagswahlen.
- 18. Abt. (Reinickendorf-Str.). 7 1/2 Uhr Schließend sämtlicher Bezugs in der Aula der 3. Gemeindefabrik, Berlin.
- 19. Abt. (Schöneberg). 7 1/2 Uhr Schließend bei Dender. — Witzmann bei Schulze, Hauptstr. 7, 1/2 Uhr Mitteilung.
- 20. Abt. (Charlottenburg). 8 Uhr Elternversammlung in der Aula, Pöhlmannstr. 10, Schließend vorzeitig. Unsere Jungen und Mädchen auf frühlicher Wanderung durch die deutsche Heimat, mit 125 Mitgliedern, Ober- und Berichtserstattung. Vortragender: Lehrer Ernst Schulz. Zum Belegen der Schülerbesuche wird ein Eintrittsgeld von 1 M. erhoben.

Morgen, Donnerstag, den 13. Januar:

- Wahlung! Vertrauensleute der Post- und Telegraphenbehörden! Am Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 10/11, eine außerordentlich wichtige Besprechung statt. Genosse Buchholtz spricht über die Bedeutung der Landtagswahlen. Es gelangen zugleich die neuen Regimenterarten zur Ausgabe. Es werden 12 unbedingte Erfordernisse, die nichtkontingente durchgeführt wird. Wer aus zwingenden Gründen nicht erscheinen kann, muß für Vertretung sorgen. Der Berichtserstattung für Post und Telegraphie.
- 11. Abt. (Charlottenburg). 9. Gruppe: 7 1/2 Uhr bei Raumer, Wilmersdorfer Str. 21.
- 12. Abt. (Charlottenburg). Stettin, Volkmer Str. 10. Meine Reiseleiterbrüder in Georgien! Referent R. Oberg. Vorbereitungsarbeiten zur Landtagswahl.
- 13. Abt. (Steglitz). 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Beselstr. 7: Offizielle Versammlung. Thema: Die Dresdenwahlen, ein Schicksalstag Deutschlands. Referent Genosse Stille, R. d. A. Kreis Ausrede.
- 14. Abt. (Tempelhof). 7 1/2 Uhr im Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Str. 10. Offizielle Versammlung. Thema: Was verlangen wir vom Reichsparlament? Referent Genosse Rob. Schmidt, R. d. A.
- 15. Abt. (Neufeld). 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Dederich, Schillerpromenade 7.
- 16. Abt. (Reinickendorf-Str.). 7 1/2 Uhr im Realgymnasium, Berner Straße. Vortrag für die sozialistischen Parteien über die weltliche Schule. Referent Schulinspektor Röhrl, Kreuzberg.
- Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Arbeiterkräfte von Steglitz, Völkchenstr. 10, abends 8 Uhr im Klassenzimmer des Gymnasiums, Beselstr. 7. Plenarsitzung. Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Wirtschaft

Obersteleische Eisenbahndarbs-A.G.

Einen außerordentlich günstigen Abschluß, der zugleich die tiefsten Gewinne der Eisenindustrie veranschaulicht, kann die Obersteleische Eisenbahndarbs-A.G., an der Böse kurz Obersteleische genannt, ihren Aktionären vorsehen. Die Gesellschaft, die immer vorzügliche Bilanzen aufgestellt hat und selbst während des Krieges niemals mehr als 30 Proz. auch diese nur einmal ausgeschüttet hat — in den letzten Jahren jedoch verleierte sie 5 bzw. 6 Proz. Dividende —, kann aus einem Reingewinn von 22,8 Millionen Mark (bei 84 Millionen M. Aktienkapital) 25 Proz. Dividende vorschlagen. Das letzte Geschäftsjahr hat aber nur neun Monate gedauert. Trotzdem hat sich der Reingewinn gegen das Vorjahr nahezu verzehnfacht. Die Dividende hat um 5 Proz. den höchsten bisher erreichten Schatz überschritten, nachdem man den übrigen Teil des Reingewinns, volle 15 Millionen Mark, zur Vermeidung von Wohlstandsgedanken und zum Bau von Wohnungen für die Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat.

Ueber die Ursachen der enormen Gewinnsteigerung sagt der Geschäftsbericht:

„Wenn wir für diese Zeit ein günstiges Ergebnis vorlegen können, so ist das in erster Linie auf die Preisgestaltung zurückzuführen. Die allmähliche Annäherung der Inlandspreise an die des Weltmarkts, die im Frühjahr einsetzende Besserung der Markt bei steigenden ausländischen Eisenpreisen, haben es nicht nur ermöglicht, die prägnant gestiegenen Selbstkosten unserer Erzeugnisse zu decken, sondern darüber hinaus noch Gewinne zu erzielen, welche durch Ersparnisse beim Einkauf der Rohmaterialien — infolge der gestiegenen Marktpreise — erhöht wurden.“

Obwohl die Preisbildung in der Eisenindustrie fast das ganze Geschäftsjahr hindurch von dem Eisenwirtschaftsbund überwacht wurde, ist die Gesellschaft mit diesen Gewinnern noch nicht zufrieden und macht diesem Selbstverwaltungskörper den Vorwurf, er habe durch seine — den steigenden Marktpreisen folgende! — Preisüberhebungen eine große Beunruhigung über den gesamten deutschen Markt gebracht. „Für eine Befreiung des deutschen Wirtschaftslebens von allen staatlichen Fesseln und Schutz des Produktionsprozesses gegen jede von außen oder innen hereingetragene Erschütterung kann die Industrie aus dem wirtschaftlichen Chaos befreien.“

Die Gewinnsteigerung beweisen allerdings das Gegenteil, nämlich daß die Bindung der Eisenindustrie durch einen Selbstverwaltungskörper der Gewinnpolitik herzlich wenig Abbruch getan hat. Das beweisen auch andere Umschlüsse der Eisen- und Stahlindustrie. Gerade in diesem Selbstverwaltungsförderer bleibt den Arbeiter- und Verbraucherverteidern die Aufgabe, weiter entschieden auf einen Preisabfall hinzuwirken, um die Endverbraucher, vor allem auch die Eisenbahnen und kommunalen Unternehmungen mit starkem Eisenverbrauch, zu entlasten und den Weiterarbeitern die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Daß auch sonst der Abschluß vorzüglich gemacht wurde, dafür zeugt die Höhe der Abschreibungen, für die 2,96 Millionen, um 2,63 Mill. M. mehr als im Vorjahr, zurückgestellt wurden. Die Obersteleische A.G. hat sich ferner mit 200 000 dänischen Kronen an einem dänischen Verkehrsunternehmen beteiligen können, wozu 62 500 dänische Kronen bereits eingezahlt sind (1 Krone nach gebräuchlichem Kurs gleich 12,14 M.).

Abschlüsse. Die Optische Anstalt E. R. Goetz A.-G. schlägt für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahr vor und beantragt eine Kapitalverdoppelung auf 28 Millionen Mark und eine Anleihe von 14 Millionen Mark. Die Dividendensteigerung, die freilich nicht an die in früheren Jahren gewöhnlichen Ausschüttungen heranreicht, erfolgt zu einer Zeit, wo die Gesellschaft harte Arbeit leisten muß und auf diese Weise die Beiträge der Arbeiter gekürzt sind. — Mit großem Gewinn (Reingewinn 6,1 gegen 2,19 Millionen Mark im Vorjahr) schließt die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vorm. E. N. Vogel Telegraphenfabrik) A. G. ab. Die vorsehlagene Ausschüttung betragen 35 Proz. auf des im Vorjahr um 4 Mill. auf 15,5 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital; es sind das die höchsten seit Gründung der Gesellschaft. Eine erneute Kapitalerhöhung um 11,5 Millionen Mark Stammaktien und 3 Millionen Mark Vorzugsaktien wird beantragt. — Die Generalversammlung der Hannoverschen Maschinenbau-A. G. genehmigte den Dividendenantrag von 30 Proz., wozu das Unternehmen die Ausschüttungen der besten Kriegsjahre wiedererreichte (i. V. 22 1/2 Proz.), und die Aufnahme von 26 Millionen Mark Kapital, wozu 12 Millionen Mark als Stammaktien und 14 Millionen Mark sechsprozentige Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht auszugeben werden sollen. — Am Maschinenbau hat auch die Kirchner u. Co. Aktien-Gesellschaft in Leipzig-Ellerhausen, gute Gewinne erzielt. Sie konnte nach dem Rückgang ihrer auch früher recht hohen (bis zu 30 Proz. betragenden) Dividende auf 6 Proz. im Vorjahr jetzt 38 1/2 Proz. Dividende genehmigen lassen. — Die Generalversammlung der Berliner Kindl-Brauerei A. G. beschloß die vorgeschlagene Dividendensteigerung von 14 auf 18 Proz. für Prioritäts-Stammaktien und von 12 auf 16 Proz. für die Stammaktien. — Die Pommerische Provinzial-Zuckerfabrik in Steinhilber bringt 25 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahr zur Ausschüttung.

Rückgang des Weltschiffbaus. Zum erstenmal seit dem Krieg weist das Register einen Rückgang im Bau der Handelskonnosse auf und zwar für das letzte Vierteljahr für Großbritannien einen Rückgang um 22 1/2 und für die anderen Seehäfen treibenden Nationen der Welt um 268 000 Tonnen.

Bermutl. A.-G. in Berlin. Die Generalversammlung beschloß die Ausschüttung einer Dividende von 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahr und die Erhöhung des Aktienkapitals auf 6 Millionen Mark, um die Produktionsgrundlage zu erweitern.

Ludwig Loewe u. Co. A.-G. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 15 auf 30 Millionen M. angenommen.

Hamburg—Amerika-Linie. Auf der Generalversammlung, die die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 100 Millionen Mark Vorzugsaktien beschloß, führte der Aufsichtsratsvorsitzende aus: Die Gefahr der Ueberforderung sei gerade bei den Reedereien sehr groß. Auf Anregung von zuzuhilfender Seite wird beabsichtigt, gegenseitige Konkurrenz zu vermeiden und durch Austausch der Vorzugsaktien mit anderen Gesellschaften in ein freundschaftliches Vertrauensverhältnis zu treten. Zunächst sei in Aussicht genommen, Aktien im Werte von 30 Millionen Mark mit der Hamburg—Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft auszutauschen. Die Ergebnisse des Abkommens mit dem amerikanischen Harriman-Konzern zur Wiederbelebung des Schiffsahrtverkehrs seien befriedigend.

Ein regelmäßiger wöchentlicher Frachtampferverkehr sei eingeführt, der erste Personendampfer aus New York sei in den nächsten Wochen zu erwarten.

Neue Fusion im Brauergewerbe. Die Engelhardt-Brauerei beht sich durch Ankauf der Schlesischen Aktienbrauerei für Bierbrauerei und Malzfabrikation in Landeshut (Schlesien) weiter aus.

Rückgang der Kohlenpreise in Dänemark. Die dänische Regierung hat die Stationierung für Braunkohle aufgehoben. Die Einfuhr von Kohlen und Holz aus England ist in der letzten Zeit so geringen, daß die Preise bis auf die Hälfte heruntergegangen sind.

Berichtszeitung.

Der Mord an der Kartentgerin.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Artisten und Entfesselungskünstler Anni Dobbriß und das Dienstmädchen Jemgard Hinrichsen wegen Mordes h. M. Beilke vom Mord an der 62-jährigen Schneiderin und Bahrführerin Margarete Dummnick. Diese wurde am Neujahrstage 1920 in ihrer in der Gipsstr. 32 eine Kette hoch belagerten Wohnung ermordet; vorgefunden.

Die Tatfrage, daß sämtliche Schubläden und auch ein im Zimmer stehender Koffer durchsucht waren, ließ keinen Zweifel darüber, daß ein mörderischer Raubmord vorlag und den Tätern die Erbarmnisse der modernen Psychia, die bei den Handbewehrern als einzig bekannt war, in die Hände gefallen waren. Die Nachforschungen führten auf die Spur des Dienstmädchens Hinrichsen, das mit der Tat im Zusammenhange stehen mußte. Das Mädchen wurde verhaftet und gelang nach anfänglichem Leugnen, daß sie bei der Tat zugegen gewesen, diese aber von ihrem Geliebten, dem Angeklagten Dobbriß, ausgeführt worden sei. Es wird aber behauptet, daß sie es gewesen sei, die dem Dobbriß den Plan, das alte Fräulein zu berauben, nahegelegt habe. Beide Angeklagten bestritten die Mordabsicht. Die Anklage behauptet, daß die Hinrichsen extra zu dem Zweck zu der Dummnick gezogen sei, um diese dann mit Hilfe ihres Bräutigams Dobbriß zu ermorden und zu berauben. Die Hinrichsen bestritt dies in ihrer Vernehmung und behauptete, daß ihr erst, nachdem sie schon mehrere Tage bei der D. gewohnt habe, der Gedanke gekommen sei, das alte Fräulein und vermögend bekannte Fräulein D. zu berauben, da sie Reisegeld gebraucht habe, um in ihre Heimat zu fahren. Sie habe die Absicht gehabt, das wieder „anständig“ zu werden und bei ihren Eltern in Schleswig zu bleiben. — Im Anschluß an die Vernehmung der Kriminalbeamten wurde der Angeklagte Dobbriß weiter vernommen. Er behauptete, daß die Hinrichsen zuerst den Plan geäußert habe, die Dummnick zu berauben, da sie unbedingt Geld brauche. Es wurde beschlossen, daß er die Rolle eines Hausdieners einer Pension spielen sollte. Damit die D. keinen Verdacht schöpfe, wurde in den letzten Koffer ein großer Goldkloß gelegt, um das Gewicht des Inhalts vorzutäuschen. Die Hinrichsen klopfte dann und er ging mit in die Wohnung hinein, da er von der D. eingeladen wurde, eine Tasse Kaffee mitzutrinken. Als er am Kaffeetisch saß, habe sich seiner, so bekundete Dobbriß weiter, eine ihm unerklärliche Unruhe bemächtigt. Dies sei das letzte bewußte Gefühl gewesen, welches er gehabt habe. Als er wieder zu sich kam, habe er sich über den Körper der D. gebeugt und sich abgefunden. Am Kopfende des Bettes habe die Hinrichsen gestanden und habe ihm das Tuch gereicht, welches er der Dummnick dann um den Hals gelegt und zugepredigt habe.

Die Verhandlung, für die zwei Tage angelegt sind, findet unter Vorsitz des Landgerichtsrats Fenwartz hat, die Anklage vertritt Staatsanwalt Grau, die Verteidigung führen die Rechtsanwältin Dr. Fritz Ball und Dr. Erich Löwe. Als Sachverständige sind geladen: Geheimrat Medizinrat Professor Dr. Straßmann, Medizinrat Dr. Störmer und Gefängnisarzt Dr. Girsch. Wir werden über den Ausgang berichten.

Aus aller Welt.

Das erste polnische Kriegsschiff ist in Danzig vom Stapel gesaufen. Das Kriegsschiff wurde auf den Namen des polnischen Staatschefs Pilsudski getauft.

Verhafteter Raubmörder. Die Krefelder Kriminalpolizei verhaftete den 33-jährigen Ossi- und Gemüthsarbeiter Martin Cremers und den 44-jährigen Handelsmann Jakob Schloßmacher aus Arfeld-Opum, die beschuldigt sind, am Silvesterabend die 31-jährige Witwe Kriches bei einem Raubüberfall in ihrer Wohnung erschossen und ihren Sohn, den Agenten Kriches, durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt zu haben.

Urteil eines französischen Kriegsgerichts. Das Kriegsgericht des 6. Armeekorps in Spemay verurteilte den deutschen Hauptmann Kummel wegen angeblichen Mörderdiebstahls in Courcouronnes im Abwesenheitsverfahren zu fünf Jahren Zuchthaus.

Eisenbahnräuber. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte sechs Eisenbahnbedienstete, die eine Zeitlang planmäßig die Güterzüge nach Worms beraubt hatten, zu sechs Monaten bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Schwerer Wetter in der Nordsee. Das seit gestern andauernde schwere Wetter hat den Schiffsverkehr fast völlig lahmgelegt. Mehrere Schiffe sind auf der Curhavener Reede vor Anker gegangen oder nach dem Haken zurückgekommen. Auch die zum Heringsfang unterwegs befindliche Fischerflotte hat Saug suchend nach Hamburg zurückkehren müssen. Auf Groß-Vogelstrand ist der letztwärts ausgelassene deutsche Dampfer Urundi gestrandet. Hilfe ist entsandt worden.

Opfer eines Grubenbrandes. Die bei dem kürzlich gemeldeten Grubenbrand in Azajoli (Spanien) abgetrennten 28 Bergleute konnten trotz des unternommenen Rettungsversuches nicht befreit werden. Sie werden als verloren betrachtet.

Todeszug ins Meer. Eine Marineschiffahrt fuhrte in den Schären bei Stockholm ab. Die beiden Insassen sind ertrunken. Heimtransport aus Sibirien. Ein dritter Heimtransport aus Sibirien, der aller Voraussicht nach nach vor den schon genannten Dampfern Frankfurt und Steigerwald auf der Elbe eintreffen wird, ist mit dem japanischen Dampfer Kiyu Ramu unterwegs. Der Dampfer, der 1600 deutsche Soldaten aus Sibirien nach der Heimat bringt, wird Ende des Monats erwartet. Die bereits von Bort Sald gemeldeten Dampfer Frankfurt und Steigerwald haben Order, nach Triest zu fahren, um die an Nord befindlichen Oesterreicher, Ungarn und Tschechen zu landen.

Inventur-Ausverkauf

Für unsere auffallend niedrigen Preise sprechen diese Beispiele!

HERREN-ANZÜGE 290.- 490.-
HERREN-ULSTER 190.- 390.-

..... Soweit Vorrat

FABISCH & CO • Rosenthaler Straße 3
Ecke Linienstraße
SCHULZE & CO • Brückenstraße
Ecke Rungestraße
SCHULZE & CO • Hauptstraße
Ecke Vorbergstraße
SCHULZE & CO • Gr. Frankfurter Straße
Ecke Koppensstraße



Theater- u. Masken-
Gard.-Verleib.-Inst.
Kieg. Damen- u.
Herren- u. Kin-
derkostüme zu
Maskenbällen, Kon-
zerten und Film-
Aufnahmen verlieht
preiswert H. Graf,
Berlin W. 57,
Steinmetzstr. 11.

Pelzwaren

bei bequemer Zahlungsweise abzugeben.
Bei Barzahlung 10% Nachl.,
Arbeitsanl. u. in Zahlung genomm.

Pelzwarenfabrik
KALLIS,
Tille-Wardenbergstr. 11,
nebe Stadtbahnhof-Tiergarten,
Telephon: Roßbitt 7622/23.

Bormärtsstrebende
und Grfinder
Gute Verleibsmittel!
Aufklärung und Anregung
geben die Broschüre: Ein neues
Geist? (senbet gratis)
F. Erdmann & Co.,
Berlin, Rintgenstr. 71.

Bettmatten!
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht an-
geben. Ausk. umsonst.
Vers. San. Art. Gg. Engbrecht,
München B. 69, Kapuzinerstr. 9.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
V. Sinfonie-Konzert
7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus
Die Sterne
7 Uhr.

Deutsches Theater
8 Uhr: César u. Kleopatra
Donn. 7 Uhr: Romeo und Julia

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Florindo. Hierauf:
Der Abenteuerer und die
Sängerin.
Donnerstag 8 Uhr: Stella.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7: Florian Geyer (14. Abt. 3.A.)
Don. 7: Flor. Geyer (15. Abt. 3.A.)

Theater 1. d.
Königsgrätzer Str.
Täglich
8 Uhr:
Salome
(Orska, Hartau, Liechtenstein,
Vesdt, Paerber, Dernburg.)

Komödienhaus
158: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg.
Josefine Dora u. G., Ortrud
Wagner, Picha, Haskel,
Stieda, Kiper.

Berliner Theater
7 Uhr: Die spanische
Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit

Fritzi Massary
Hans Wassmann, Emmy
Sturm, Julius Brandt,
Reinhold Pasch, Olga Hagl

Central-Theater
7 1/2: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
6 Uhr: Lohengrin
Friedr. Wilhelmst. Th.

1 1/2 Uhr: Hohen die Tänzerin.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Selige. Lotchen
Geburtstag

Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Baroneschen Sarah.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in
Die schwebende Jungfrau
Metropol-Theater
7: Hollandwettbewerb
Neues Operntheater.

7 1/2 Uhr: Yu-Shi tanzt
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugend

Schiller-Theat. Charl.
7 Uhr: Minna v. Barnhelm
7 1/2 Uhr: Der Biberpelz

Thalia-Theater
Castroli Hansi Niese
7 1/2: Sotschaffaria Leni.
7 1/2: Am Nollendorfsplatz
7 1/2: Maskenball

7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2: Gänseleise
7 1/2: Der ersten Liebe gold. Zeit

Th. Ld. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2: Der Geiger von Lugano

Trianon-Theater
Heute nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Strawelpeter
Täglich 7 1/2 Uhr:

Kammermusik
Carl Grawing, Eugen Burg,
Olga Limburg, H. Albers.
Sbd. 4, kl. Pr.: Hünau u. Grötel

Residenz-Theater
Heute nachm. 4 Uhr, kl. Pr.:
Kotkuppchen
Täglich 7 1/2 Uhr:

Lady Windermere's Fächer
Amstädt, Sandrock, Toelle,
Kerfl, Falkenstein, Mamelok.
Sbd. 4, kl. Pr.: Aschenbrödel.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7: Das Käthchen v. Heilbronn

Lessing-Theater
Heute bis Donnerstag 7 1/2
Flamme
(Dorsch, Hartmann, Klein-
Rogge, Pröckl.)
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsches Künstler-Theater
Heute und Sonnabend 3 Uhr
Kinder-
Vorstellung: **Fitzflitz**
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.

Rose-Theater
7 1/2: Schneider Wibbel

APOLLO
THEATER
Das Publikum
filmt
Allabendlich
unt. pers. Reg. v.
Leo Peukert.
Die m. Theater-
besuch. allabendl.
ausgen. Films
werden stets ab-
nächst. Tag dem
ganz. Monat öff.
vorgel. dht.

Wiederauftr.
Kampfstiere
nachdem Siche-
rungen t. d. Pu-
blikum getrollt
sind.
Toni Tetzlaff
Leo Connard
in
„Blüte Dich“
4 Uessens
Pitzold Fam.
Ant. 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2
U. Schlager aller Gattungen
Der Fehltritt einer Frau
Vorher: Theaterliebe
Oper. Sketch mit Vikt. Littek.
Sonntag 3 1/2: Eine Heile Ehe,
Volkstümliche Preise.

Folles Caprice
7 1/2 Uhr.
am Oranienburger Tor.
Neun Monate a dato
Die Reservédame
Meine Tochter d. Herzogin
m. Ferd. Grünecker, Rudolf
Rudolf, Georg Erich Schmidt.
Vorverk. 11-2 und ab 6 Uhr.
Tel.: Norden 8888.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen.
Telephon: Norden 5643.
Konz. 7 1/2 Uhr. Beginn 8 1/2 Uhr.
Gussy Hell, Paul Graetz,
Joachim Ringelnatz, Wolf
Kilian, Gregor Rastaf,
Joseph Burstein, Anne-
marie Base, Reinhold Pasch,
C. K. Roellingerhof,
Conf. Walter Rilla.
Am Flög. Mitscha Spolianski.
Kapelle Leonidoff.

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal TANZ

PHILHARMONIE
Sinfonie-Konzert
des Philharm. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagel

2. Gedicht. d. verst. Gönners
Paul Winkelfeuser
Urv. Sinf. Schub. Konz. 2. Viol.
Bach: 9 Sinf. (3 Sätze) Beeth.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 3 M.

Theater am Kottbus. Tor
Tel.: Moritzpl. 14814
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
Das hervorragende
Januar-Programm
Bühnen-Konz. 8.7
Vorv. 11-12 u. 4.6

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 Uhr u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Nehm. hah. Pr.!

Wien-Berlin
Jägerstraße 63a
Täglich:
3 Taubertis
Rich. Frischbier
Hansi Lindennau
Curt Graf

Georg Bauer
Carl Geppert
und
Tilly Feiner
vom Theater a. Nollen
dorftplatz
Kapelle Gust. Gottschalk
Eintritt frei.

Moritzplatz
Oranienstraße 53 54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Residenz-Kasino
Blumenstr. 10, neb. Resid.-Th.
Großer Ball
für die ältere Jugend.
Nur Rundtänze.
Anfang 7 Uhr.

Prachtsäle Alt-Berlin
Blumenstr. 10, Kino-Eing.
Tanzpalast
für die modern
tanzende Jugend.
Anfang 7 Uhr.

Das Christusproblem gelöst! Soeherschien Vor 1900 Jahr!
Wer war Jesus Christus?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument
gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus
war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art
Freimaurer-vereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten
dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien.
Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung des
Dokumentes zu vernichten, da sich die ganzen mystischen
Wundersgeschichten auf einmal ganz natürlich erklären.
Die Nachricht gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht
ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein
Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen
Preis Mk. 4,80 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 4

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen u. leichtesten
Bedingungen. - Bietet auch customts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Inbaldenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Direkte Passage-Gelegenheit
I., II. und III. Klasse **Mitte und Ende Januar**
von Hamburg nach Pernambuco, Rio de Janeiro u. Santos
Nähere Auskunft erteilt:
Aug. Bolten
HAMBURG 11
Admiralitätsstr. 36
Wm. Miller's Nachfolger

Circus Busch
Tägl. 7 U., Sonnt. auch 3 U.
Hans Stösch-Sarrasani's
Zirk.-Progr. Fig. Mensch.
Eisbären, Löwen usw
Gretis Traum (Traumland)
Vorverk. Tietz u. Circuskl.

METROPOL
Varieté-Kabarett
Behrenstraße 54
Punkt 7 1/2 Uhr
Riesch-Jubil.-(25.) Spielpl.
13 Schlinger

SCALA
LUTHERSTRASSE
730
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 114
Heute
Mittwoch, d. 12. Jan.:
Bayer. Bierfest
Großes
Schweineschlachten

Anfang 6 Uhr
Fünf Kapellen
30 bayerische Mad'

Voranzige!
Morg. Donnerstag, 13. Jan.
Prämierung
des schönst. Paradi-
sreihers
Drei bare. Geldpreise
300, 200, 100 M.

Admirals-Palast
7 1/2: Die roten Schuhe
Morgen 7 1/2: Die rot. Schuh

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2 % in Zahlung genommen.

Nur noch kurze Zeit!

Inventur-Ausverkauf!

Pelzmäntel weit unter halbem Preis!!!
Ia Felle, beste Kürschnerarbeit
Inventurpreis 1675, 2150, 2650, 3200, 4100, 5000

Plüschmäntel Inventurpreis 650, 780, 1050, 1350
Sealplüsch 1780, 2250, 2750

Mollige Ulster 85, 125 - 750 / Strickjacken 45 - 115
Impr. Covertcoat- u. Seidenmäntel 250, Kostüme 112 - 490
Gesellschaftskleider 260, 450 / Röcke 44 - 279
Gummimäntel, auch für Herren 375.-

Westmann

1. Geschäft: Berlin W,
Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Str. 115

Pelz-Haus
ABUCCO
Inventurverkauf
zu billigen Preisen.
Leipziger Straße 58.

Stellenangebote
Lackierer gesucht!
Tüchtiger Lackierer und Ver-
goldeter für hauswirtschaftl. Be-
stimmungen gesucht. Bewerber mit
entsprechender Erfahrung, die
auch die Dienstleistungen mit be-
herrischen und sich eventl. für
einen höheren Vorstandsposten
eignen, wollen Offerte mit
Zeugnisauszügen und Lohn-
anspruch unter P. 17 an die
Expeditio. d. Bl. einreichen.

Fleißigen
redigierten Herren, die mit
Publikum umzugehen verstehen,
wird von alter Berühmungs-
gesellschaft auf Erleben ge-
boten, Bezahlung 10-12 An-
schlitz. 12 H z.

Rosenträgerstepperinnen
nur geübte, für unsere Arbeits-
stube suchen
22-6
Isler & Schneemann
Rosenträgerfabrik
Spandauer Straße 19.

Putz.
Tüchtige Garnierinnen und
Barbeiterinnen bei dauernder
Beschäftigung gesucht, vortreffl.
auch Heimarbeit.
22/7
Siegmund Haagen
Wallstr. 11/12.

Bekanntmachung!

Nach beendeter Inventur-Auf-
nahme sollen ab Montag, den 10. bis
Freitag, den 14. d. M., eine größere Anzahl
einzelner künstlerischer Modelle in
Rohr- u. Weidenmöbeln
weisslackierten Dielenmöbeln
und aparten Kissen und Decken
zum Teil bis zur Hälfte des bisherigen
Verkaufspreises in der Zeit von
9-3 Uhr in der Fabrik Alexan-
drinenstr. 95 und Verkaufs-
stelle Potsdamer Str. 27
verkauft werden.

Heinemanns Rohrmöbel
Es bietet sich besonders für Hotels,
Cafés, Sanatorien und Villenbesitzer
eine selten günstige Kaufgelegenheit

**Tüchtige
Verkäuferinnen**
für
Seidenband
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brannenstr. 19/21

Schuhbranche
Tüchtige
Verkäuferinnen
mit guten Empfehlungen
sucht aus ausschließliche
Dorndorf
Friedrichstraße 65

Botenfrauen sucht per sofort!
Zeltungs-Zentrale (3-3) Aktiengesellschaft: 1.
Wilhelmshagenstr. 48; Sauter Platz 14/15; Ringen-
straße 31; Petersburger Platz 4; Jannowitzbrücke 24;
Charlottenburg, Seifenmerkmale 1; Ralldamm 101;
Wilmersdorf, Hellenhofstraße 10; Schöneberg, Belgischer Str. 27.

Zeiß-Zelostetter
6- und 8-ach. Inuit Rädler
W. Seckelmann, Berlin W 9
Kottbuscher Str. 135 (Eing. 9299)

Kaufe
Schrauben, Muttern, Unter-
legescheiben, Splinte. 112
F. Schüller,
O 112, Frankfurter Allee 250.

Hoffmanns Kürassierstiefel.

München, 11. Januar. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Die „Bayerische Staatszeitung“ drückt heute Vorschläge ab, die General Hoffmann an den Großindustriellen Arnold Reiberg zur Niederzwingung Sowjetrußlands und für die kapitalistische Ausbeutung Rußlands ausgearbeitet hat. Der Kern der Vorschläge ist, daß Frankreich, England und Deutschland gemeinsam ein starkes Heer aufstellen sollen, das in Rußland einmarschiert, um bestenfalls eine Armee aus Freiwilligen. Die militärische Bewegung Sowjetrußlands stellt Hoffmann sich sehr einfach vor. Dann soll das französische, englische und deutsche Kapital sich zusammenschließen und eine große Kapitalgesellschaft bilden, der Rußland alle nicht im Privatbesitz befindlichen Erd- und anderen Bergwerksunternehmungen sowie die russischen Staatswälder 25 Jahre zur Erschließung überlassen soll. Der Wert dieses Gesamtobjekts werde 600 Millionen Goldmark betragen. Die Kapitalbeschaffung sei sehr einfach. Es werde mehr Papiergeld gedruckt, das aber gute Kaufkraft habe, weil die russischen Reichsgüter dafür haften. Nach 25 Jahren würde das Objekt an Rußland zurückgegeben.

Die „Staatszeitung“ behauptet, in Paris seien in Gegenwart Wilsons und Churchill diese Vorschläge bereits in Erwägung gezogen. Der wörtliche Ausdruck der Vorschläge und die Aufmachung wirkt, als ob das offizielle Organ der bayerischen Regierung für diese verrückten Vorschläge Stellung nehme. — Zutrauen wäre es der Regierung kaum schon!

Professoraler Parademarsch.

Von der Preußenlagung der Deutschen Volkspartei verdient eine kleine Episode der Vorgesessenheit entziffert zu werden. Der Göttinger Historiker Dr. Brandi rühmte als zweiter Hauptredner den preussischen Parademarsch und meinte, wer über die militärische Parade spöttelte, der habe sie nicht gekannt. In dem Parademarsch liege, wie nirgends sonst, eine Erziehung zur Staatsgefinnung.

Wir glauben Professor Brandi gern, daß er in seinem Leben mehr Parademarsch als historische Forscherarbeit getrieben hat. Dafür sprach wenigstens das ganze Riveau seines Referats, das ein Hohn auf die historische Wahrheit war, aber strammen Gleichschritt mit den schlimmsten und unwahrhaftigsten Hohenzollernlegenden hielt. Man sah förmlich das durchgedrückte Knie!

Ein Konservativer für Demokratie.

Der alldemokratisch-konservative Schriftsteller Wolfgang Eisenhart untersucht im „Reichsboten“ die Ursachen des Kriegsverlustes und kommt dabei auch auf den verstorbenen Weismann zu sprechen. Dabei wirft er die Frage auf:

Wie war es möglich, daß dieser für unsere auswärtige und innere Politik so unheilvolle Mann acht Jahre regieren konnte, den man in England nicht acht Monate, wahrscheinlich nicht einmal acht Wochen am Ruder gelassen hätte? Aber wie viele Deutsche haben denn die Unzulänglichkeit des Weismannschen Regierungskursus erlitten? Die große Mehrzahl der nicht sozialdemokratischen Deutschen glaubte vor dem Kriege, ja noch bis tief in den Krieg hinein, gut regiert zu werden.

Ja, wie war es möglich? Herr Eisenhart scheint nicht mehr zu wissen, daß im alten Deutschland auch die größte Volksmehrheit einen unzulänglichen Minister nicht schieben konnte, sondern die Ein- und Absetzung von Ministern lediglich im Belieben des Monarchen stand. Nur das halbholokratische System machte möglich, daß Weismann nicht nach acht Monaten gehen mußte, was er in der englischen Demokratie, wie Eisenhart richtig bemerkt, sicher hätte tun müssen. Eisenharts Fragestellung bedeutet daher eine vernichtende Beurteilung des alten Systems und eine glänzende Rechtfertigung der Demokratie. Ob Eisenhart die Demokratie hat rechtfertigen wollen, lassen wir dahingestellt, jedenfalls hat er es getan.

Konflikt bei der Firma Loewe.

Die Meldung über eine am heutigen Mittwoch stattfindende Sitzung der Aktionäre und Betriebsratsmitglieder beruht auf kommunikativer Irreführung. Keine gewerkschaftliche Organisation ist davon verständigt.

Der Fraktionsvorsitzende der Metallarbeiter, (Diese Mitteilung ging uns erst in später Nachtstunde zu, so daß eine Wenderung der Notiz im gewerkschaftlichen Teil nicht mehr möglich war. Red. des „V.“)

Sicherheit unter Ententeherrschaft.

Die deutsche Friedensdelegation übermittelte der Botenkonferenz in London, Paris und Rom übergeben worden ist und der wir entnehmen:

Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 4. d. M. bereits kurz auf

die Unruhen im oberösterreichischen Abstammungsgebiet hingewiesen und ausgeführt, daß eine zeitlich getrennte Abstimmung in keiner Weise geeignet sein kann, die in Gefährdung zu befechtigen. Sie legt nachstehend eingehend die von Tag zu Tag unerschütterlicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit den blutigen polnischen August-Aufständen fortentwickelten, dessen weitere Ausdehnung seinerzeit nur durch die Ruhe und Besonnenheit der deutschen Bevölkerung eingedämmt wurde. Unerhörte Gewalt- und Greuelthaten folgten sich in unmittelbarer Nähe.

Kein Tag vergeht ohne schwere Raubüberfälle. Wohlaufergriffene Raubüberfälle treten vor allem in den am Polen grenzenden östlichen und südlichen Bezirken auf und halten die friedlichen Bewohner in ständiger Unruhe und Sorge. Selbst am heiligsten Tage werden in belebten Straßen Passanten ausgeplündert und von Joganen.

Entleidungskommissionen
Ihrer Kleidung beraubt. Sowohl Gold- und andere wertvolle Transporten nur unter starker Bewachung vorgenommen werden, sollen sie trotzdem häufiger gut bewachten Raubüberfällen in die Hände. Politischer Terror wird in allen nur denkbaren Formen von den Polen ausgeübt und äußert sich in Schüssen und Werfen von Handgranaten, im Einschlagen von Fensterscheiben und in Sprengungen von Denkmälern. Deutsche Versammlungen werden einandergehegt, politische Reden sind verboten und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte zivilisierter Völker besteht. Die Anzahl der Morde ist in Kottowitz und um 243 Pros., die der Raubüberfälle um 80 Proz. gestiegen.

Die deutsche Regierung überreicht die Zusammenstellung eines Teiles der Gewalt- und Greuelthaten. Für den weitest größeren Teil sind Feststellungen nicht möglich gewesen, weil die terrorisierten Bewohner sich fürchten, Angelegenheiten zu ermitteln.

Die Ursachen liegen in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der internationalen Kommission, die es nach ihrer Unzulänglichkeit, energig vorzugehen. Die internationalen Kommission hat auch die ausgedrückte

deutsche Polizei aufgeht

und an ihre Stelle Polizeikräfte gesetzt, welche mit unsicheren Elementen stark durchsetzt sind.

In den Grenzbezirken hat das nationalistische Verbrechen die Gewißheit, jederzeit leicht über die Grenze zu entkommen. Ebenso stark wie

die Kontrolle des Westgrenzüberganges,

so lässig wird sie an der Süd- und Ostgrenze gehandhabt.

Die Beschaffenheit der Grenze selbst bietet dem Ueberfahren an unerläuter Stelle keine besonderen Schwierigkeiten. Ueber die Brücken hat man polnische Wachen bei dem letzten Putz gebaut, die auch für Fußtritte passierbar sind. Die Grenze ist auf vielen Stellen leicht zu überwinden.

Das Ueberfahren der Süd- und Ostgrenze wird zudem durch die Auslieferung von

unkontrollierbaren Sammelplätzen

sehr erleichtert.

Die deutsche Regierung muß verlangen, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süd- und Ostgrenze demnächst durchgeführt wird, daß der Grenzübergang auf die von der internationalen Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und durch genügende Wachen ein unerlaubtes Ueberfahren unmöglich gemacht wird. Der Ueberfahren kann weiter nur dadurch wirksam gesteuert werden, daß nicht nur auf die gemeinen Vergehen

abschreckendere Strafen

gesetzt werden, sondern daß auch vor der Anwendung des Standrechtes gegen Mörder und Räuber nicht zurückgeschreckt wird.

Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, die die Verantwortung für die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien und für die gerechte Durchführung der Abstimmung übernommen haben, daß sie kein Mittel unterlassen, um in den bedrohten Grenzbezirken Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbeeinflußte Abstimmung unmöglich ist.

Beweise.

Alle diese Angaben der Note werden durch Anführung vieler zahlreicher Verbrechen bekräftigt. Wir müssen uns damit begnügen, einige

Entleidungsfälle

anzuführen.

In Eichenau ist am 24. Dezember ein Mann bis auf Hemd und Unterhose seiner Kleidung und Wertsachen beraubt worden.

Auf dem Wege von Ritschach zur Strahlenhaldenstelle Bagno-Rosdzin wurde ein Mann bis auf Hemd und Hose entkleidet und ausgeraubt.

Auf dem Verbindungswege Burawich-Eichenau beraubten Unbekannte zwei junge Mädchen ihrer ganzen Bekleidung.

Betriebsunfall bei Korjanty.

Leitzen, 11. Januar. (M.) Der Kassierer des polnischen Wechselsamministrators, Wolff, ist in Begleitung von zwei Damen unter Mitnahme von 400 000 Mark nach dem Westen verschunden. In einem Schreiben an Korjanty rät er diesem, ihn nicht zu verfolgen, da er sonst inhaftet sei, zu erwirken, daß Korjanty binnen acht Tagen Oberschlesien verlassen müsse.

Amerikas Austritt.

Washington, 11. Januar. (Havas.) Ueber die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlassen, sich fernere nicht mehr an den Sitzungen des Völkervertrages zu beteiligen, wird gemeldet: Obgleich die Beamten des Staatsdepartements sich weigern, diese Frage zu erörtern, geben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Der Völkervertrag hat den Vereinigten Staaten gestattet, nach dem Kriege Fühlung mit der europäischen Lage zu haben; aber die weitere Vertretung Amerikas im Völkervertrag wäre als eine Ausnahme anzusehen, weil der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert hat.

Die Radio-Meldung, daß Amerika sich an ferneren Verhandlungen der Reparationskommission und der Rheinischschiffahrtskommission beteiligen werde, findet durch Havas bisher keine Bestätigung.

Paris, 11. Januar. (M.) „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet: Der Schritt der Vereinigten Staaten in Sachen ihres Fernbleibens von den Beratungen des Völkervertrages werde durch eine direkte Note an den Botschafter in Paris, Wallace, erfolgen. Ebenso werde das Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der anderen im Völkervertrag vertretenen Mächte in Washington die Mitteilung machen. Die amtlichen Kreise seien der Ansicht, daß kein anderes Vorgehen möglich sei, wenn man dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Willen des amerikanischen Volkes entsprechen wolle, da das Volk in so entscheidender Weise den Völkervertrag abgelehnt habe. Das Vorgehen Amerikas lasse die Frage der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland ungerührt.

Amnestie für Flugzeugverschieber.

Da die Entente die angebliche Rückablieferung aller deutschen Militärflugzeuge — die auch ein Bericht hoch behauptet — zum Vorwand ewigen Verbotens und dauernder Sperrung des besetzten und neutralen Gebiets für deutsche Zivilflugzeuge nimmt, hat die Reichsregierung eine Amnestie für Flugzeugverschieber erlassen, um sie zur straflosen Herausgabe zu bewegen. Ist es übrigens nicht schier ungläublich, daß die betreffende Entente noch Luftfahrzeugbestimmungen für das Rheinland nach seinem Verlassen durch die Ententetruppen enthält?!

Auslandsrundschau.

Havas meldet aus London, daß zwischen dem Vater O'Hagan, als Vertreter de Valeras, und Lloyd George eine Besprechung stattgefunden habe. Ein offizieller Empfang de Valeras sei noch nicht in Aussicht gestellt. Bekanntlich hatte aber Lloyd George versichert, daß er bereit sei, mit dem er-mächtigtsten Vertreter des irischen Volkes zu verhandeln.

Die „Times“ meldet aus Teheran: Die englische Volkspartei ordnete an, daß sämtliche englische Frauen und Kinder, sobald die britischen Truppen abziehen, Persien verlassen sollen.

Laut Ost-Express ist in Aachen ein Junkspruch des Moskauer Volkskommissariats für Augustin an seinen Bewohnern in Tschisten aufgefunden worden. Der Junkspruch ersucht dringend um Nachrichten über die Lage in der Sowjetrepublik Buchara und erklärt, daß ihr Ausbleiben starke Beunruhigung hervorruft.

Eine antiskandinavische Agentur meldet Ansehenfolge aufständischer Bozen in der Gegend von Schem gegen Rote Truppen.

Die italienische Regierung hat Sinowjew, Zucharin und Balabanow die zur Teilnahme an dem italienischen Sozialkongress nach Livorno kommen wollten, das Recht verweigert.

In Athen wurde der vermählte Präsident des Kriegesgerichtes, Oberst Kaiser, als er seine Wohnung betrat, ermordet. Der Täter ist unbekannt.

Bremen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages beriet am Dienstag den Etat des Reichsministeriums des Innern. Reichsminister Koch gab Auskunft über den Stand der im Ministerium ausgearbeiteten Gesetze. Das Reichsschulgesetz ist fertiggestellt und wird in der nächsten Zeit dem Kabinett und dann dem Reichsrat zugehen. Ein Gesetz gegen die Schmutz- und Schundliteratur liegt abgeschlossen als erster Entwurf des Referenten vor. Das Fortbildungsschulgesetz ist in Vorbereitung.

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.) kritisiert in scharfer Weise die Verfügung des Ministers

an den Senat der Stadt Bremen, worin der Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, daß die öffentliche Ordnung durch die fastlose Auflösung der Stadtwehr in Bremen gefährdet werden könne. Redner rügt weiter die Äußerungen des Ministers gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun.

Minister Koch: Ich habe nur bedauert, daß Minister Braun das Siedlungswesen nicht rascher gefördert hat. (Ein ganz halbober, unredlicher Angriff. Red. d. V.) Betreffend die Bremer Frage ist es seitens Dr. Rosenfelds ein fundamentales staatsrechtlicher Irrtum, daß ich meine Befugnisse überschritten hätte. Auch für die Handhabung des Artikels 48 bin ich parlamentarisch verantwortlich. Lediglich ist mit der Anwendung dieses Artikels überhaupt nicht gedroht worden. Die ministerielle Verfügung enthält die ausdrückliche Feststellung, daß die Stadtwehren der Korporation des Entwaffnungskommissars der Waffenablieferungspflicht zu genügen haben. Das Reich hat an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Bremen das größte Interesse; anlässlich der tumultuarischen Vorgänge mußte es viele Millionen zahlen. Das Reich unterstützt die Sipo in Bremen mit neun Zehntel der Kosten und hat sich eine weitgehende Mitwirkung bei der Verwendung vorbehalten. Der Senat hat mangelhaft die Bürgerschaft über den SIS Führerstellen der Orts-polizei 80 gestrichen, die Ordnung sei bei dieser Einschränkung nicht aufrechtzuerhalten. Bezüglich der Stadtwehr ist die Auflösung im März 1. Januar beschlossen worden, obwohl die Reichswehr und die Ordnungspolizei noch im Aufbau begriffen sind. Wir können nicht angedeutet werden, daß sich die Verfügung mit der Entente in Widerspruch setze.

Redner rügt die Äußerungen des Ministers gegen die Reichsregierung an, in die Bremer Angelegenheit eingzugreifen. (Wir hatten an dem gegenseitigen Standpunkt, den wir feinerzeit hier zum Ausdruck brachten, seit. Red. d. V.) Redner fragt an, wie weit die Vorarbeiten für die

Berufsvertretungen der Beamten

gediehen seien. Reichsminister Koch: Das Beamtenrechtgesetz ist fertig; aber unter Führung Bayerns haben die Länder Preußen, Sachsen, Württemberg und Baden einen Gesetzentwurf eingereicht, der Beamtenkammern und eine Reichsbeamtenkammer mit dem Rechte der Gesetzinitiative vorstellt.

Abg. Bahndie (Dem.) billigt das Bremer Schreiben des Ministers Koch als einen Verständigungsversuch. Ueber die Verhandlungen mit Bayern in der Frage der Einmohnerbesten wünscht er nähere, eventuell vertrauliche Mitteilungen.

Abg. Schreiber (Z.): In der Bremer Angelegenheit stehen wir hinter dem Minister.

In der weiteren Aussprache beschwert sich Abg. Simon (N. Soz.) über die reaktionäre Haltung der bayerischen Regierung.

Reichsminister Koch: Auch ich habe es für unangebracht, daß der bayerische Kultusminister bei der Eröffnung des Germanischen Museums, noch dazu in meiner Anwesenheit, von dem

„einseitigen verankerten Kaiserium“

gesprochen hat. Die heutige bayerische Regierung ist durchaus nicht verfassungswidrig zustande gekommen. Ueber den Ausnahmezustand in Bayern und die Versammlungsverbote wird die Reichsregierung im Rahmen der Verhandlungen über die Entwaffnungssfrage mit Bayern beraten, ebenso wie es bei Bremen geschehen ist. Vorher müssen aber die Verhandlungen mit der Entente abgeschlossen sein.

Abg. Weise (Dem.) fordert eine beschleunigte Gesetzgebung auf dem Schulgebiet, vor allem über die Lehrerbildung.

Staatssekretär Schulz: Wenn die kulturpolitischen Gesetze nicht alle zum günstigsten Zeitpunkt vorgelegt werden können, so liegt das daran, daß die finanzielle Rückwirkung aufs eingehendste geprüft werden muß.

In der weiteren Beratung protestieren die Abg. Bursage (Z.) und Bahndie (Dem.) gegen die Erhöhung des Preises für das Reichspreßblatt von 1 M. auf 90 M.

Staatssekretär Kriwalz stellt die Herausgabe eines kleineren vereinfachten Reichspreßblattes in Aussicht. — Der Hauptauschuß genehmigt alsdann die Aufgabeposten für die Besetzung und verschiedene sachliche Ausgaben des Reichsministeriums des Innern.

Die Erfurter Waffenanlage sieht weitere Kreise. Unter den neuerdings Verhafteten befindet sich der Lagerholler Demzel von der Erfurter Treubaugesellschaft. Es ist festgestellt, daß die Waffenteile aus Beständen der Reichstreubaugesellschaft stammen.

Kahl als Mäger. Wegen Beleidigung des Prof. Dr. Kahl, Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, batte sich der aus der Sozialdemokratie ausgeschlossene Schriftsteller Kiebeling vor der Strafkammer des Landgerichts zu verantworten. Der Klage lag die in einer Versammlung geäußerte Behauptung Kiebelings zugrunde, daß Prof. Kahl als Vorstandsmitglied der Fürsorgestelle für Ertränkte und Tuberkulöse angehöre, in der Korruption herrsche und die Schacher mit Titeln und Orden treibe. In der Beweisaufnahme kam der Fall des Herrn Drehslein von der Firma Orendein u. Koppel zur Sprache, der nach einer Stiftung von 75 000 M. für den Verein den Kommerzienratstitel erhalten hat. Damals war jedoch Prof. Kahl noch nicht im Vorstande des Vereins. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kiebeling 500 M. Geldstrafe, das Gericht verurteilte ihn jedoch zu drei Monaten Gefängnis. — Es ist immerhin auffällig, daß hier auf Gefängnis erkannt wurde, während in viel schwereren Fällen deutsch-nationale Verleumdung sozialistischer Minister regelmäßig mit Geldstrafen davonkommen.

Es war wieder nichts! Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird eine kleine Anfrage des Abgeordneten Lüddecke veröffentlicht, in der der preussische Minister des Innern gefragt wird, ob es zuträffe, daß er sich des im Jahre 1918 zu Zuchaus verurteilten Kaufmanns Leo Schiffmann in besonderen Auftragsangelegenheiten bedient und ihm etwa 5 Millionen Mark Staatsanleihe zur Verfügung gestellt habe. Von unabhängiger Seite wird hierzu erklärt: Minister Everding hat niemals in irgendwelchen dienstlichen oder geschäftlichen Beziehungen zu Schiffmann gestanden, er hat ihm, wie dies schon aus dieser Feststellung hervorgeht, insbesondere nicht in „besonderen Auftragsangelegenheiten“ verwendet und ihm auch niemals auch nur einen Pfennig Staatsgelder zur Verfügung gestellt.

Disziplinuntersuchung im Preussischen Finanzministerium. Der Abgeordnete Lüddecke hat an den preussischen Finanzminister eine kleine Anfrage gerichtet über eine Reihe von Anschuldigungen, die in Berlin-Friedenau gegen den im Preussischen Finanzministerium auf Privatdienstvertrag angestellten Kaufmann Otto Friedel erhoben werden. Um eine rasche und objektive Untersuchung zu gewährleisten und durchzuführen, hat, wie die B. F. Z. hört, Finanzminister Lüddecke sofort seines Amtes enthoben.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt bei der Firma Loewe.

In der Ausperrung der Arbeiterschaft des Ludwig Loeweschen Betriebes ist es bisher noch zu keiner Einigung gekommen. Entsprechend dem Beschlusse der Betriebsversammlung begab sich die Kommission am Montag zum Demobilisierungskommissar. Dieser erklärte, daß er in der Angelegenheit nichts unternehmen könnte. Die Verordnung vom 8. November, welche die Unternehmer verpflichtet, die Betriebe innerhalb einer Sperrfrist arbeiten zu lassen, könnte hier nicht in Anwendung gebracht werden, da es nach § 6 der betreffenden Verordnung ein wirtschaftlicher Kampf sei. Er ersuchte die Kommission, die Frage durch die Organisation dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten, der dann zu entscheiden hat, ob es eine wirtschaftliche Frage ist oder nicht. Entschieden der Schlichtungsausschuß, daß es kein wirtschaftlicher Kampf ist, dann würde der Demobilisierungskommissar eingreifen und die Firma zwingen, den Betrieb wieder aufzunehmen, evtl. beantragen, daß die Strafe der Firma auferlegt wird.

In der am Dienstag stattgefundenen Betriebsversammlung berichtete das Betriebsratsmitglied Weiner über die Situation. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß durch die Organisation die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß umgehend unterbreitet wird. Es wurde weiter berichtet, daß heute, Mittwoch, eine Versammlung der Betriebsvorsitzenden und Obleute zu dieser Frage in einer Versammlung ebenfalls Stellung nimmt. Ebenso haben sich schon verschiedene Betriebsräte der Großbetriebe mit der Ausperrung bei Loewe beschäftigt. Es müsse nun abgewartet werden, was der Schlichtungsausschuß für ein Urteil fällt. Weiner berichtete weiter, daß entgegen verschiedenen Presse-meldungen es eine rein wirtschaftliche Frage ist, die auch nur von diesem Standpunkt aus beurteilt werden darf. Wenn alle politischen Momente ausscheiden, dann wird auch in der Angelegenheit der Kurzarbeiter der nötige Erfolg zu verzeichnen sein.

Beginn der Tarifverhandlungen im Kathause.

Die Aufnahme der vor acht Tagen gescheiterten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Arbeitnehmerorganisationen erfolgte gestern. Die Tarifdeputation des Magistrats hatte hierzu beschloffen, alle Organisationen, die an den Tarifen der Arbeiter oder Angestellten beteiligt waren, heranzuziehen. Dieser Beschluß fand nicht die Zustimmung der im Lohnkartell vereinigten Organisationen. Die im Lohnkartell stehenden Arbeiter beantragten hierauf geordnete Verhandlungen, analog den bestehenden Verhältnissen der besonderen Tarife für Arbeiter und Angestellte. Um den Fortgang der Verhandlungen zu ermöglichen, zogen sich nunmehr die Vertreter der verschiedenen Angestelltenorganisationen zurück; es wurde darauf in die Verhandlungen eingetreten. Nach den Darlegungen der Vertreter der Arbeitnehmerverbände wurden die Verhandlungen vertagt.

Schiedspruch im Versicherungsgewerbe.

Die Erneuerung des Reichstarifs für das Versicherungsgewerbe bildet den Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens im Reichsarbeitsministerium. Nach vierwöchigen Verhandlungen unter dem unparteiischen Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. Südekum, Regierungsrat Dr. M. Weiser, vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Dr. Kögler, vom Reichsaufsichtsamte für Privatversicherung wurde am 11. Januar morgens gegen 2 Uhr ein einstimmiger Schiedspruch verkündet, der sich auf die Hauptfragen des Tarifstreits erstreckt. Die Arbeitszeit wird auf 45 Stunden bei durchgehender Arbeitszeit, auf 48 Stunden in der Woche bei geteilter Arbeitszeit festgesetzt. Das Entlohnungssystem wird unter Beibehaltung der Pensionszulagen und Abschaffung der Lebensalterszulagen gänzlich neu geregelt. Die Erhöhung der Gehaltsbezüge gegen das letzte Quartal 1920 beläuft sich auf durchschnittlich 8 bis 12 Proz. Dazu kommt die Wiederherstellung der Beibratenszulagen auf jährlich 2000 M. Die gleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Angestellten wird aufrecht erhalten. Ebenso sollen die Bestimmungen über die Urlaubsgeldzahlung sowie über die Fortzahlung der Gehaltsbezüge während der Erkrankung eine Verschärfung nicht erfahren. Bei dem Gewicht des einstimmigen gefassten Schiedspruchs kann dessen Annahme durch die Parteien sowie eine abschließende Verhandlung über die noch verbleibenden Punkte des Reichstarifs, der die Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen für mehr als 80 000 Angestellte im Versicherungsgewerbe enthält, erwartet werden.

Metallarbeiterstreik in Brandenburg.

Seit Montag früh ruht in sämtlichen Betrieben der Metallindustrie in Brandenburg a. N. die Arbeit. Der Streik ist am Sonnabend abend von den Vertrauensleuten der beteiligten Organisationen einmütig beschlossen worden, weil ein Ultimatum, das man den Unternehmern wegen Lohnforderungen gestellt hatte, abgelaufen war.

Achtung, Buchdrucker!

Die Buchdruckerei G. Greve (Inh. Max Pasch), Berlin SW, Ritterstr. 50, ist aus dem Verzeichnis der tariffreien Firmen gestrichen. Das gesamte Personal hat den Betrieb verlassen. Die Firma hatte seit längerer Zeit ständig Differenzen mit dem Personal und stellte sich auf den Standpunkt des Herrn im Hause; sie fügte sich weder den Schiedsprüchen des Schlichtungsausschusses noch den Entscheidungen des Tarifschiedsgerichts und Gewerbegerichts, so daß zur Durchführung der Rechte des Personals die ordentlichen Gerichte in Anspruch genommen werden mußten. Kollegen, die 20 bis 30 Jahre im Geschäft waren, wurden entlassen mit der Begründung, sie seien zu alt geworden. Diesen wurde unerbittlich eine lächerlich geringe Summe als Gnadenlohn angeboten, deren Anzahlung aber von dem alten Willen des Inhabers Herrn

Max Pasch abhängig sein sollte unter der Voraussetzung, daß die Kollegen auf alle weiteren Ansprüche verzichten. Derselben Herrn, der sich so gut antrat auf seine angeblichen Wohlfahrts-Stiftungen, die aber nur Scheinmandate gegenüber den Behörden sind, um deren Arbeiten an sich zu ziehen, so daß bereits Ende 1919 das Prinzipalsorgan dieses Gebahren der Firma in einem Artikel „Schmerzgelder oder Stiftungen“ feststellte.

Die Firma versucht nunmehr, unter anderem Namen ihren Betrieb fortzusetzen zum Beispiel werden unter der Adresse Gudowff u. Co., Ritterstr. 50, die jedoch ebenfalls zur Firma Greve gehört, aber fast nur Lichtdruckabteilung ist, Kräfte gesucht. Die „Deutsche Kassenblock-Gesellschaft“ ist ebenfalls ein Zweigbetrieb derselben Firma; auch unter dieser Adresse werden Kräfte gesucht.

Organisierte Arbeiter können dort nicht eintreten!

Staatsober und Chorpersonal.

Die Gehaltsbemessung in der Staatsober ist, soweit sie sich um die Mitglieder des Chors und Ballets handelt, nunmehr durch Vereinbarung zwischen der Organisation und den zuständigen Ministerien in gütlicher Weise zur Beilegung gebracht worden. Die schon mitgeteilt, haben die Mitglieder auf ihre wertvollste Forderung, die Beamtenentschaft, im Interesse einer friedlichen Beilegung verzichtet. Dagegen ist ihnen seitens der Ministerien hinsichtlich der Bewilligung einer Pension ausgesprochen worden, die nach den Grundzügen der Pensionen für die Staatsbeamten berechnet und mit zwei Drittel dieser Beiträge festgesetzt wird. Auch hinsichtlich der Gehaltsbezüge haben die Angehörigen klar nachgegeben. — Das Anfangsgehalt für Herren ist auf 1250 M. monatlich festgesetzt und steigt bis auf 1400 M. monatlich im Verlauf von sechs Dienstjahren. Die Damen beginnen mit 1125 M. monatlich und steigen bis 1275 M. in der gleichen Zeit. Für Sololeistungen der Mitglieder des Orchesters werden von Fall zu Fall entsprechende Honorare gezahlt. — Die neuen Gehaltsätze sind mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember 1920 an in Geltung getreten.

Die Vertreter der Staatsober werden inzwischen bereits gemerkt haben, daß die Ministerien die neuen Löhne, die sie durch den Vergleich auf sich genommen haben, durch eine Erhöhung der Eintrittspreise sofort auf das Publikum abgewälzt haben. — Im übrigen haben die Mitglieder mit aller Entschiedenheit ihre Verweigerung ausgesprochen, durch eine verstärkte Tätigkeit auch außerhalb des Rahmens der Staatsober zur Beschaffung der Mittel beizutragen. Der Betriebsrat hat es übernommen, der Verwaltung der Staatsober demnächst entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Wandlungen im Wertmeisterverbande.

Zu der Notiz unter dem gleichen Stichworte in Nr. 6 schreibt uns der Deutsche Wertmeisterverband, Düsseldorf, daß der D.W.M. nicht daran denkt, in das Lager der bürgerlichen Angestelltenbewegung überzugehen. Ebenso unrichtig sei es, daß die Reichstagskandidatur des Vorsitzenden des Wertmeisterverbandes die Ursache für den D.W.M. war, auf eine Reform des Rfa-Programmes zu drängen. Das ist eine Forderung der Gesamtheit der Mitglieder, die, einmütig, welcher Vorentscheidung, schon seit langem mit der Arbeit der Rfa unzufrieden sind. Die Mitglieder des D.W.M. würden ohne weiteres die vom A.D.G.V. aufgestellten gewerkschaftlichen Grundzüge anerkennen, lehnen oder die weitergehenden Forderungen der Rfa ab. Ebenso fordert der D.W.M. unter Wahrung der politischen Neutralität Anerkennung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Er befindet sich hier in Übereinstimmung mit dem A.D.G.V. Wogegen der Deutsche Wertmeister-Verband kämpft, daß ist die Katastrophentheorie, die fortwährend von einigen Vorstandsmitgliedern der Rfa betrieben wird.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Achtung! Arbeitslose und pensionierte Mitglieder! Der Termin für die Abhebung der Wehrmachtunterstützung ist bis auf Mittwoch, den 19. Januar, verlängert worden. Später findet keine Auszahlung mehr statt. In Frage kommen nur arbeitslose Mitglieder, die mindestens vom 6. Dezember ab arbeitslos waren, und die Pensionierten.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß auch die ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen für die von der Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin beschlossene 13wöchige erhöhte Arbeitslosenunterstützung bezugsberechtigt sind. Berechtigt sind alle Mitglieder nach mindestens 13wöchiger Mitgliedschaft. Meldungen im Ortsbüro, Johannisstr. 14-15, nur vormittags von 9 bis 12 Uhr. Mitgliedsbuch resp. Karte und Arbeitslosenkarte sind mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Die Kaffernbewegung in Südafrika. In Paris Elisabeth haben nach einer Londoner Meldung die Arbeiterverbände der Kaffern eine Konferenz abgehalten, in der sie einen Lohn-tarif aufstellten, der als Minimallohn 10 Schilling pro Tag vorsieht. Das Angebot der Arbeitgeber, das einen Minimallohn von 4 Schilling 6 Pennys vorsah, wurde allgemein abgelehnt. In einer Entschließung wurde von der Konferenz die vollständige Gleichstellung der farbigen Arbeiter mit den weißen Arbeitern gefordert.

Deutscher Transportarbeiterverband, Lagerarbeiter, Postler, Sanitätsler, Wächter, Stallente, Ausfuhr und Chauffeur aus allen Betrieben des Eisen-, Stahl-, Röhren-, Maschinen-, Haus- und Küchengeräte-, Emailwaren-, Gummiwaren-, Fleis- und Leder-, Bekleidungs- und Bekleidungswarenhandels. Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 14/15: Große Brandenburger-Versammlung. — Abends 10 Uhr, in der Union-Bräuerei, Solenstraße 2-11, großer Saal: Brandenburger-Versammlung. — Handelskassenarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Herrmannstraße, Krautwitten- und Schützenstraße. Freitag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Birte, Volkerstr. 2: Gruppenversammlung.

Verband der Kaler, Ledierer usw., Filiale Berlin. Freitag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 3: Versammlung der Betriebsräte der Kaler und Ledierer. Dortselbst Materialverteilung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Donnerstag, 5 Uhr, bei Kraus, Waldstr. 21: Versammlung aller in den Holzindustrien beschäftigten Grundbesitzer, Voder, Besieger, Besiegerinnen, Hilfsarbeiter und Jugendlichen.

Deutscher Wertmeisterverband, Berlin. Freitag, den 14. Januar, nachm. 5 Uhr: Generalversammlung im „Alexandiner“.

Gewerkschaftliches Romane. Donnerstag, 7 Uhr, im Restaurant „Turnhalle“: Sitzung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre aller sozialistischen Richtungen.

Zentralverband der Angestellten, Regier. Groß-Berlin. Kriegsorganisationen, Mitglieder-Versammlung, heute 5 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Schöneberg, Hauptstr. 144.

Aus der Partei.

Landtagskandidaten. Der außerordentliche Bezirksparteitag für das westliche Westfalen stellte zur Landtagswahl folgende Kandidatenliste auf: Hue, Altpich, Brenner, Osterloh, Hülsmann, Kahl, Aries, Frau Lex, Baumeister, Frau Schwering, Hädel, Müller, Schmidt, Jakobs, Hartmüller, Kloppe, Briem, Frau von der Höhe.

Die Verbände des Bezirks Niederrhein (rechte Rheinseite) endete mit einem stolzen Erfolg. Mehr als 2000 neue Mitglieder und über 3000 neue Abonnenten für die Presse wurden gewonnen. Die Ortsgruppe Beyenburg (Süppertal) der U.S.P. ist geschlossen zu uns übergetreten.

Soziales.

Die Marken der Invalidenversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium verbreitet durch B.Z.B. folgendes Schreiben:

Daß die Invalidenversicherungsmarken seit dem 20. Dezember 1920 zum doppelten Nennwert veräußert werden, beruht auf dem Geiz über eine außerordentliche Verhilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 26. Dezember vorigen Jahres. (Reichsgezeitschrift Nr. 243, Seite 2815.) Das Geiz ist aus der Mitte des Reichstages eingebracht worden. Da Reichsmittel bei der trostlosen Finanzlage nicht zur Verfügung standen, aber den in größter Not befindlichen Rentenempfängern schleunigst geholfen werden mußte, blieb kein anderer Weg, als eine Art Steuer von den Versicherern und ihren Arbeitgebern durch Verdoppelung der Preise der Versicherungsmarken zu erheben. Dabei war man auf die Weiterbenutzung der bisherigen Marken angewiesen, weil das Drucken oder Ueberdrucken der Marken mehrere Monate erfordert hätte. Deshalb mußte sofort der Verkauf der Marken zum alten Preise geistert werden, da sonst sicherlich eine große Menge Marken gebankert und hierdurch die Aufbringung der Mittel für die Verhilfe gefährdet worden wäre. Bei den Reichstagsberatungen wurde nicht verkannt, daß unter Umständen auch für rückliegende Zeiten zum doppelten Preise gekaufte Beitragsmarken verwendet werden müssen, wobei eine Erstattung des zuviel Bezahlten schon mit Rücksicht auf die davon zu erwartende unerträgliche Geschäftsüberlastung der Landesversicherungsanstalten ausgeschlossen erscheint. Man war sich bei den Beratungen darüber klar, daß diese Uebergangsbanken gegenüber der Notwendigkeit einer sofortigen Hilfe für die Rentenempfänger zurücktreten müssen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß nur für die ab 1. August 1920 ausgegebenen Marken der Preis verdoppelt worden ist, dagegen werden die früher ausgegebenen Marken ohne Preisauflage veräußert. Auffällende Mitteilungen hat das Reichsarbeitsministerium, sobald festgestellt, daß der Reichrat von seinem Einpruchrecht gegen das Geiz keinen Gebrauch machen wollte, wiederholt der Presse zugeben lassen; leider hat sich ihre Veröffentlichung infolge der Feiertage verzögert.

Dem Reichsarbeitsministerium kann der Vortour nicht erspart bleiben, daß es mit seiner Auffassung zu spät kam. Wenn die technische Unmöglichkeit, neue Marken zu drucken, von vornherein festgestellt hätte, es eben schon rechtzeitig vor den Feiertagen auf die Schwierigkeiten hinweisen müssen, denn ein Einpruch des Reichsrats war in diesem Fall nicht zu erwarten. Durch das Vermächtnis des Reichsarbeitsministeriums sind gerade die minder bemittelten Versicherten am meisten geschädigt, während die Arbeitgeber, die sich mit Marken langfristig einzudecken pflegen, weniger in Frage kamen.

Uebrigens sind mit dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums auch noch nicht alle Streitfragen erschöpft. Sind z. B. die Versicherern verpflichtet, auf Zeiten vor dem 20. Dezember sich höhere Beitragsanteile (nach den neuen Beitragsätzen) vom Arbeitslohn abziehen zu lassen? Und zwar auch dann, wenn nur aus Nachlässigkeit des Arbeitgebers die rechtzeitige Markenverwendung unterblieben ist? Wir möchten die Meinung betonen, daß unter allen Umständen die Versicherten nicht gezwungen sind, sich auf Zeiten vor dem 20. Dezember höhere als die bis dahin gefälligen Beiträge abziehen zu lassen. Wenn die Arbeitgeber hierdurch geschädigt werden, so wird es ihre Sache sein, sich dagegen zu wehren. Verschiedene Arbeitgeber haben schon „Klage“ angedroht (gopen wen, ist noch nicht gang geklärt). Am wahrscheinlichsten wird sein, daß sich auf Grund verschiedener Einreden der Reichstag nachmals mit der Sache beschäftigen wird.

Briefkasten der Redaktion.

Kaulsdorf 100. Wenden Sie sich zunächst an den Vorstand Ihrer Wohn-gemeinde; daselbst erfahren Sie Näheres. — **J. G. 15.** Die Kirchensteuer müssen Sie bis zum 1. Oktober 1920 zahlen. — **M. 6.** Die Forderungliste ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ und „Preussischen Staatsanzeiger“ (Geschäftsstelle Wilhelmstr. 22) veröffentlicht. — **H. 70.** 1. Nein, es ist denn, daß die Arbeitgeber und Ihre Frau in Ihrem Betriebe tätig ist. 2. In die Allgemeine Ortskrankenkasse. — **M. 8. 2.** Schreiben Sie Klage und schicken Sie dem Schuldner über den Empfang des Darlehens den Eid zu. Die Forderung des selben müssen Sie beweisen. — **M. 8. 100.** Der Lohn für die Ueberstunden unterliegt nicht dem Steuerzusage. — **Mag.** Fürsorgeversicherung kommt nicht mehr in Frage. Wenden Sie sich an die Beratungsstelle des Jugendfürsorgeamtes, Neue Friedenstr. 79/80, 3. Zsp. — **D. 2. 100.** 1. Ja, wenn die Witwe dauernd invalide ist. 2. In das Versicherungsamt. 3. Erbe- und Erbschaftsteuer. — **M. 9. 1.** Mit der Vollendung des 15. Lebensjahres. 2. Nein. 3. Die Reichsversicherungsordnung. Buchabteilung. — **H. 102/103.** 1. Die Beihilfe beträgt für Empfänger einer Pension 20 M. 2. Wenden Sie sich an die Buchabteilung Vorwärts, Lindenstr. 3. Den Titel des Buches, besonders auch den Verfasser, müssen Sie genau angeben. — **M. 9.** Die Unfallsteuer wird nach der Gesamtheit der Entgelte berechnet, die der Steuerpflichtige im Laufe eines Steuerablaufjahres für seine Leistungen vereinnahmt. Personen, die mehr als ein Kind unter 16 Jahren verlorren, kann eine Vergütung gemährt werden, wenn ihr jährliches Gesamteinkommen 5000 M. nicht übersteigt. — **M. 10.** Nein. Warten Sie zunächst ab, was der Hauswirt unternimmt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Urfragen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Blatt.

Mingol-Tabletten schützen vor Husten, Heiserkeit, Erhaltung, Erhältlich in den Apotheken und Drogerien
H. von Gimborn - A. G. Emmerich - Rhein

KON NON

Die gute **MASSARY** Zigarette urteilen Sie selbst!

MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!